



FORSCHUNGSSTELLE FÜR UMWELTPOLITIK

Freie Universität Berlin
Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften
Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft

ecoCONSULTING
ENERGY & ENVIRONMENT

ECOCONSULTING, s.r.o.



Deutsche Bundesstiftung
Umwelt



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit



Umweltministerium
der Tschechischen
Republik



Deutsch-Tschechische
Industrie- und
Handelskammer



Deutsch-Tschechischer
Zukunftsfonds

**Forschungsstelle
für Umweltpolitik**

**Tschechisch-deutsche Initiative
für einen Dialog über eine
Ökologische Steuerreform in
der Tschechischen Republik**

- Endbericht -

Berlin, im Juni 2006

*Forschungsstelle für Umweltpolitik (FFU)
der Freien Universität Berlin
Projektleiter: PD Dr. Lutz Mez
Bearbeiterin: Sybille Tempel, M.A.
Innestr. 22
14195 Berlin
Tel. 030 838 555 85
Fax 030 838 566 85
email: umwelt1@zedat.fu-berlin.de*

In Kooperation mit

*Ecoconsulting s.r.o.
Dr. Martin Bursík
Snémovni 174/7
CZ-118 00 Praha 1
Tel. +420 2 5753 1655
Fax +420 2 5753 2643
Mobil +420 603 546 586
email: martinbursik@mbox.vol.cz*



FORSCHUNGSSTELLE FÜR UMWELTPOLITIK
Freie Universität Berlin
Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften
Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft

Innestr. 22
14195 Berlin

telefon +49-30-838 566 87
fax +49-30-838 566 85
email ffu@zedat.fu-berlin.de
internet www.fu-berlin.de/ffu/

Inhaltsverzeichnis

Endbericht

Projekthintergrund	1
Ziele und Methoden des Projekts	2
Zielgruppen der Seminare	3
Projektverlauf	4
Seminarprotokolle 01 bis 11	5
01 Regierung und Verwaltung	5
02 Wissenschaft und Forschung	6
03 Kirchen	6
04 Stiftungen	8
05 Medien	10
06 Gewerkschaften	12
07 Unternehmer	13
08 Sozialdemokratische Parteien	15
09 NGOs aus dem Umweltbereich	17
10 Konservative Parteien	19
11 Grüne Parteien	22
Ergebnisse des Dialogprojekts	24
Literatur	28

Anhang

Brief des tschechischen Umweltministers Libor Ambrozek an Minister Jürgen Trittin

Protokoll der Sitzung der deutsch-tschechischen Arbeitsgruppe am 29.11.2002

Präsentationen der Seminare 01 bis 11

- 01 Schlegelmilch, Hanhoff, Jansen, Meyer, B., Hass
- 02 Szomolániová, Praetorius, Mez
- 03 Schlegelmilch, Lienkamp
- 04 Koschützke, Bursík, Ščasný/Bruha, Mez
- 05 Bursík/Ščasný
- 06 Mez
- 07 Pressemitteilung DTIHK, Dübel, Görres, Riegel, Bruha/Ščasný/Bursík
- 08 Hendricks, Mehl, Mez, Ščasný/Bursík
- 09 Schlegelmilch, Ščasný/Bursík, Krug, Meyer, C.
- 10 Pressemitteilung Moldan, Ščasný, Schlegelmilch, Bach, Pfeiffer,
Resumé Karls-Universität
- 11 Müller

Das tschechisch-deutsche Dialogprojekt

Projekthintergrund

Die im Juni 2002 gewählte Koalitionsregierung von Sozialdemokraten (ČSSD), Christlich-Demokratischer Union (KDU-ČSL) und Freiheitsunion-Demokratische Union (US-DEU) unter dem Premierminister Vladimír Špidla bezeichnete in ihrer Regierungserklärung vom August 2002 verschiedene umweltpolitische Projekte als vorrangig, nämlich ein Gesetz zur Förderung der Energieproduktion aus erneuerbaren Quellen¹ und die Vorbereitung einer aufkommensneutralen Ökologischen Steuerreform (ÖSR). Diese sollte in den Rahmen einer umfassenden Steuerreform zur Harmonisierung des tschechischen Steuersystems mit den EU-Anforderungen (acquis communautaire) gestellt werden. Eine inter-ministerielle Arbeitsgruppe bestehend aus Mitarbeitern des Umwelt-, des Finanz- und des Sozialministeriums wurde – unter der Leitung des Umweltministeriums, wie es die Koalitionsvereinbarung vorsah – mit den Vorbereitungen für die Reform beauftragt, ein Expertenteam von Wissenschaftlern sollte die Konzeption erarbeiten². Es war geplant, bereits im 2. Halbjahr 2003 mit der Vorlage eines Gesetzentwurfes und öffentlichen Anhörungen zu beginnen. Um den Reformprozess in möglichst kurzer Zeit in Gang zu bringen, bot der tschechische Umweltminister Dr. Libor Ambrozek im September 2002 Bundesumweltminister Jürgen Trittin in einem Schreiben die Erweiterung der bilateralen Zusammenarbeit in den Bereichen Förderung erneuerbarer Energien und ÖSR an:

„Ich möchte Sie kurz über aktuelle Entwicklungen im umweltpolitischen Bereich in der Tschechischen Republik informieren und Ihnen dabei eine Zusammenarbeit anbieten und Sie zugleich um Zusammenarbeit bitten. Die neue Koalitionsregierung der Tschechischen Republik hat das Vertrauen des Parlamentes, welches die Erklärung zum Regierungsprogramm verabschiedet hat, erlangt. Ein Bestandteil dieser Programmklärung sind zwei Umweltschutzthemen, mit denen Sie sehr reiche Erfahrungen haben und bei denen ich jede Form der Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik für sehr anregend hielte.

Erstens hat sich die Regierung der Tschechischen Republik verpflichtet, unverzüglich mit den Arbeiten an einer Ökologischen Steuerreform zu beginnen, welche die gesamte Steuerlast nicht erhöht und zugleich die aktive Beschäftigungspolitik durch Verringerung des Preises der menschlichen Arbeit unterstützt. Die Regierung hält diese Reform für eine unabdingbare Bedingung einer erfolgreichen staatlichen Umweltpolitik. Zweitens hat sich die Regierung verpflichtet, ein selbständiges Gesetz zur Förderung der Energieproduktion aus erneuerbaren Quellen vorzulegen.

Im Umweltministerium beschäftigt sich eine nicht allzu große Arbeitsgruppe in der Wirtschaftsabteilung des Ministeriums unter der Leitung von Herrn Dipl.-Ing. Miroslav Hájek, PhD, mit diesen beiden Themen. Ich bereite eine personelle Stärkung dieses Teams vor und habe auch meinen Vorgänger, Herrn Dr. Martin Bursík, der das Ministeramt im Jahr 1998 bekleidet hatte, gebeten, nunmehr von der Position meines Beraters für den Bereich Energiewirtschaft und Umwelt zur Koordinierung der Arbeiten in den angeführten Bereichen beizutragen“³.

In einem Antwortschreiben sagte daraufhin Umweltminister Jürgen Trittin seine Bereitschaft zu, eine bilaterale Kooperation beider Staaten auf den Gebieten Erneuerbare Energien und Ökologische Steuerreform formell zu vereinbaren.

¹ Das Erneuerbare Energien-Gesetz wurde am 28.02.2005 vom tschechischen Parlament verabschiedet.

² Darunter der ehemalige Umweltminister Martin Bursík sowie Wissenschaftler der Karls-Universität Prag.

³ Brief des tschechischen Umweltministers Libor Ambrozek an den deutschen Umweltminister Jürgen Trittin vom 30. September 2002. S. Anhang).

In der Sitzung der deutsch-tschechischen Arbeitsgruppe „Umwelt und Energie“ am 29.11.2002 in Prag wurde die zugesagte Unterstützung konkretisiert, da auf tschechischer Seite ein großer Bedarf an einer fundierten Aufarbeitung einer Vielzahl von Themen der Ökologischen Steuerreform festgestellt wurde. Eine wesentliche Aufgabe sahen die tschechischen Mitglieder der Arbeitsgruppe in der akteursgruppenspezifischen Vermittlung der Erfahrungen und Erkenntnisse, die bei der Einführung und Umsetzung der ÖSR in Deutschland bereits gewonnen worden waren¹. Bereits seit 1999 hatten Mitarbeiter aus dem BMF und BMU, oft gemeinsam, der tschechischen Seite mehrfach Angebote zur engeren Kooperation zur Ökologischen Steuerreform unterbreitet, ohne dass dies bis dahin auf nennenswerte Resonanz gestoßen war.

Dies war der Anlass, das von PD Dr. Lutz Mez von der Forschungsstelle für Umweltpolitik der FU Berlin auf der deutschen Seite und dem ehemaligen Umweltminister RNDr. Martin Bursík auf der tschechischen Seite erarbeitete Konzept eines bilateralen Dialogprojekts der Deutschen Bundesstiftung Umwelt vorzulegen und dessen finanzielle Förderung zu beantragen. Es war dies ein Pioniervorhaben, mit dem erstmals die Übermittlung der Erfahrungswerte deutscher Fachleute mit der Einführung und Umsetzung der Ökologischen Steuerreform in Deutschland als Beispiel für eine innovative Energie- und Umweltpolitik an ein Nachbarland versucht wurde. Gleichzeitig sollte mit der Informationsvermittlung und –verbreitung eine Diskussion über die Potenziale und Implikationen einer Ökologischen Steuerreform in der Tschechischen Republik in Gang gebracht werden. Das Projekt wurde zum 14.04.2003 bewilligt und mit finanzieller, personeller und informativer Unterstützung durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie - in geringerem Umfang –mit Unterstützung durch das tschechische Umweltministerium² und den Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds³ in Angriff genommen.

Ziele und Methoden des Dialogprojekts

Ziel des Projekts war nicht ein Politiktransfer von einem „alten“ EU-Land in ein Beitrittsland, sondern vielmehr ein Stakeholder-Dialog zwischen Fachleuten zweier benachbarter Länder über ein relativ neues politisches Instrument in der Umwelt- und Sozialpolitik, das im einen Land bereits eingeführt ist und dessen Einführung im anderen Land auf der politischen Agenda steht, bisher in der Öffentlichkeit aber noch nicht kommuniziert wurde. Da die Pfadabhängigkeiten beider Länder u.a. im Steuersystem wie auch im Energieversorgungspotential sehr unterschiedlich sind, kann es nicht um die Diffusion einer bestimmten Politikoption gehen, viel mehr ist eine Darstellung der positiven wie negativen Erfahrungen mit einem solchen Weg gefragt, die dann für eine eigene Konzeption genutzt werden können. Eine wichtige Rolle spielen im gesamten Politikprozess von der Konzeption bis zur Implementation eines bestimmten Instruments die Akteure, von deren Unterstützung oder Ablehnung der Erfolg einer Politik sehr wesentlich abhängt, da eine Akzeptanz in der Gesamtbevölkerung nur mit einer mehrheitlich positiven Haltung der Protagonisten der wahrgenommenen gesellschaftlichen Gruppen erreicht werden kann.

Ein solcher Erfahrungs- und Wissenstransfer sollte in Kooperation von deutschen und tschechischen Partnern durchgeführt werden. Damit wurden die Forschungsstelle für Umweltpolitik (FFU) der Freien Universität Berlin auf deutscher Seite und die Beratungsfirma Ecoconsulting, Prag auf tschechischer Seite beauftragt, die partnerschaftlich und gemeinsam für Planung, Organisation und Moderation der Seminare verantwortlich waren. Alle Seminare der Reihe fanden in Prag, der Hauptstadt der Tschechischen Republik, statt. Aufgabe der

¹ S. Anhang: Protokoll der Sitzung der deutsch-tschechischen Arbeitsgruppe „Umwelt und Energie“ in Prag am 29.11.200

² Das Seminar 01 Regierung und Verwaltung wurde vom Tschechischen Umweltministerium unterstützt.

³ Die Seminare 03 Kirchen und 04 Stiftungen wurden vom Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds unterstützt.

FFU war es, auf der deutschen Seite kompetente und erfahrene Teilnehmer und Teilnehmerinnen für den Dialog zu gewinnen und deren Know-how in den umwelt- und energiepolitischen Dialogprozess einzubringen. Ecoconsulting übernahm die Rolle, tschechische Multiplikatoren zu identifizieren, anzusprechen und zu einer Teilnahme am Dialog zu motivieren.

Mit der Information über die Einführung und Umsetzung der Ökosteuer in Deutschland wurden von Experten aus verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen nicht nur die allgemeinen Erfahrungen mit der deutschen Ökologischen Steuerreform zur Verfügung gestellt, sondern es konnten auch sehr spezifische Detailfragen unterschiedlichster Gebiete unter den mit der Thematik befassten Akteuren der verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche diskutiert werden. Ziel der Veranstaltungen war nicht nur ein Erfahrungsaustausch unter den Fachleuten über geeignete Instrumente zu Konzeption und Umsetzung einer mit dem Umwelt-Acquis der Europäischen Union harmonisierten Umweltpolitik, sondern auch die Anregung zur Bildung von Netzwerken von umwelt-, energie- und finanzpolitischen Akteuren in Deutschland und Tschechien, um Innovations- und Diffusionsprozesse in Gang zu setzen. Die Veranstaltungen sollten Multiplikatoren in Tschechien anregen, ihrerseits in Publikationen, Seminaren, Diskussionen etc. für eine Verbreitung und Vertiefung des Themas „Ökologische Steuer-/Finanzreform“ zu sorgen, um die Akzeptanz für ein solches Vorhaben in der Bevölkerung zu fördern.

Zielgruppen der Seminare

Die Reihe der Seminare wandte sich an folgende Zielgruppen:

Datum	Zielgruppe	Thema
24. April 2003	Regierung und Verwaltung	Attitudes of Czech and German State Administration towards the Environmental Tax Reform
25. April 2003	Wissenschaft und Forschung	ETR Research: Dark Side of the Moon?
19. Juni 2003	Kirchen	ÖSR – ein Thema für die Kirche?
20. Juni 2003	Stiftungen	ÖSR – ein Thema für die Stiftungen?
07. Nov. 2003	Medien	Energiesteuer – Teil der ÖSR in der EU, Bundesrepublik und der Tschechischen Republik
16. Januar 2004	Gewerkschaften	Die ÖSR aus Gewerkschaftssicht
10. Mai 2004	Unternehmer	Die ÖSR aus der Sicht von Industrie und Betrieben
12. Januar 2005	Sozialdemokraten	Die ÖSR – ein Thema für die Sozialdemokratie
06. Oktober 2005	Umwelt-NGOs	Einstellungen von NGOS zur ÖSR
06. März 2006	Konservative Parteien	Ökonomische Instrumente im Umweltschutz – Die deutschen Erfahrungen mit der ÖSR
07. März 2006	Grüne Parteien	Ökonomische Instrumente im Umweltschutz – Die deutschen Erfahrungen mit der ÖSR

Projektverlauf

Das Dialogprojekt startete im April 2003 und war zunächst für die Dauer von zwei Jahren angelegt. Allerdings kam es mehrfach zu unerwarteten Verzögerungen, weil in Folge von Veränderungen in der politischen Situation oder Konstellation in beiden Ländern bereits geplante Seminare verschoben werden mussten. So übernahm im Zuge der Regierungsumbildung im September 2004 Stanislav Gross das Amt des Premierministers als Nachfolger von Vladimír Špidla, der das Amt eines EU-Kommissars in Brüssel antrat. Damit schien der politische Wille, der Einführung einer ÖSR weiterhin Priorität zuzumessen, eher geschwächt zu sein. Auf Grund von Unregelmäßigkeiten bei privaten finanziellen Investitionen musste Gross bereits nach einigen Monaten zurücktreten, woraufhin am 25.04.2005 Jiří Paroubek das Amt des Premierministers übernahm.¹ Aber auch er wird die Politik des Landes nur relativ kurze Zeit gestalten können, da im Juni 2006 Parlamentswahlen anstehen und die Sozialdemokraten, Umfragen zufolge, erheblich an Zustimmung verloren haben, so dass es unwahrscheinlich erscheint, dass sie wieder Regierungsverantwortung übernehmen können. Auf deutscher Seite mussten wegen der auf September 2005 vorgezogenen Wahl zum Deutschen Bundestag zwei bereits in der Endphase der Planung befindliche Seminare mit Politikern abgesagt beziehungsweise verschoben werden.

Diese Verschiebungen wurden über kostenneutrale Verlängerungen aufgefangen. Das Dialogprojekt konnte nach elf Seminaren Ende April 2006 abgeschlossen werden.

Im Verlauf des Projektes stellte sich dann heraus, dass die geplanten Großveranstaltungen mit prominenten Politikern und Wissenschaftlern nicht genügend Interesse bei einer breiten Öffentlichkeit evozieren würden, weil das Thema bislang nur einem relativ kleinen Kreis international ausgerichteter Experten bekannt ist. Die Projektleiter und Projektbearbeiter beider Länder beschlossen deshalb, sich auf die Organisation von Seminaren für die einzelnen Zielgruppen zu konzentrieren, um über diese eine Verbreitung in weitere Teile der Gesellschaft zu initiieren.

Die ersten beiden Seminare wurden in englischer Sprache durchgeführt, wobei sich schnell zeigte, dass dies für die erwünschten angeregten und anregenden Diskussionen nicht sehr geeignet war, da bei vielen Teilnehmern und Teilnehmerinnen die Sprachbarriere eine freie Ausdrucksweise einschränkte. So wurden ab dem dritten Seminar im Juni 2003 alle weiteren Seminare deutsch-tschechisch und *vice versa* simultan per Flüstertechnik über Mikrofone und Kopfhörer am Tisch (ohne Kabinen) gedolmetscht. Dies wurde allgemein als gut beurteilt.

Alle Seminare wurden mit der Begrüßung der Teilnehmer² und einer Information über Struktur und Intention des tschechisch-deutschen Dialogprojekts zur ÖSR durch die Projektleiter RNDr. Martin Bursík und PD Dr. Lutz Mez eröffnet.

¹ In der Opposition befinden sich die Partei des amtierenden Staatspräsidenten Vaclav Klaus, die Bürgerlich-Demokratische Partei (ODS) und die Kommunistische Partei Böhmens und Mährens sowie kleine Parteien und Unabhängige. Die Grüne Partei ist bisher nicht vertreten, hat aber gute Chancen, im bei der im Juni 2006 anstehenden Wahl ins Parlament einzuziehen.

² Hiermit sind auch die Teilnehmerinnen gemeint; im Folgenden werden der Einfachheit halber beide Geschlechter unter der männlichen Bezeichnung subsumiert.

Seminarprotokolle 01 bis 11

Seminar 01: Akteure aus Regierung und Verwaltung – 24. April 2003

Das erste Seminar mit Vertretern aus Regierung und Verwaltung fand im tschechischen Umweltministerium statt. Die Teilnehmer rekrutierten sich nahezu ausschließlich aus den Ministerien für Arbeit und Soziales, Finanzen, Industrie und Handel, Landwirtschaft, Umwelt und Verkehr. Jeweils ein Vertreter aus einem Industrieverband, einer Gewerkschaft und einem Umweltinstitut waren ebenfalls anwesend.

Nach seiner Begrüßung der Teilnehmer erläuterte der Stellvertreter des tschechischen Umweltministers, Pavel Labounek, die Position des Umweltministeriums. Er bekräftigte die Absicht des Ministeriums, eine aufkommensneutrale Ökologische Steuerreform in dieser Legislaturperiode einzuführen, wobei deren Ausgestaltung von Anfang an in enger Kooperation mit dem Finanzministerium erfolgen werde. Die zu erwartenden Einnahmen aus der Ökosteuer sollten zur Reduzierung anderer Steuern und Abgaben wie der Einkommensteuer und der Abgaben für die Sozialversicherung verwendet werden¹.

Die Reihe der deutschen Beiträge eröffnete der Ökosteuerexperte des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, *Kai Schlegelmilch*, mit einer Präsentation über die Vorgeschichte zur Einführung der ökologischen Steuerreform in Deutschland sowie der Erläuterung der soeben in Kraft getretenen Energiesteuerrichtlinie der EU und deren Auswirkungen auf die Mitglieds- und Beitrittsländer². Dieser Vortrag sollte den tschechischen Teilnehmern einen Überblick über die Historie der ökologischen Steuerreform insgesamt, über die Situation in Deutschland und in der Europäischen Union verschaffen. Er wurde für die nachfolgenden Seminare ständig modifiziert und den laufenden Entwicklungen und Änderungen angepasst und stand deshalb bei allen Seminaren an erster Stelle.

Auf Grund einer kurzfristigen Absage übernahm Kai Schlegelmilch anschließend den Vortrag von *Helmut Jansen* vom Bundesministerium für Finanzen, der sehr detailliert auf die fiskalischen Aspekte der ökologischen Steuerreform einging. *Ingrid Hanhoff* vom Umweltbundesamt stellte die Ergebnisse einer wissenschaftlichen Studie vor, die Pro und Contra der deutschen Konzeption aus Umweltsicht diskutierte. *Bettina Meyer* vom Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Landwirtschaft des Landes Schleswig-Holstein schilderte die Implikationen der Ökosteuer für die Industrie mit Bezug auf Belastungen, Ausnahmeregelungen und Anreizwirkungen und verwies insbesondere auf die Problematik ökologisch schädlicher Subventionen und Steuervergünstigungen. *Wolfgang Hass* vom Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit erläuterte die wirtschaftlichen und sozialen Aspekte unter besonderer Berücksichtigung der Implikationen bei der Rentenversicherung³.

Die Vertreter der tschechischen Spiegelministerien erläuterten die Position ihres jeweiligen Hauses in einem *statement* über die noch eher reservierte Rezeption der ökologischen Steuerreform in ihrem Land – insbesondere auf Seiten des Finanz- und des Arbeitsministeriums - da sich die Überlegungen zum Thema noch im Anfangsstadium befanden und deshalb noch keine offizielle Stellungnahme präsentiert werden konnte. Einig schien man sich darüber, dass die Einführung einer Ökosteuer fiskalisch neutral erfolgen solle und dass die damit erzielten Einnahmen ausschließlich Umweltschutzinvestitionen zugute kommen müssten.

In der Abschlussdiskussion wurde dann doch eher Skepsis über die sozialen und auch fiskalischen Auswirkungen einer ökologischen Steuerreform deutlich. Der Vertreter des Arbeits- und Sozialministeriums bezweifelte eher eine nennenswerte Beschäftigungswirkung und hielt

¹ Schlegelmilch, Kai, Präsentation in Seminar 01, s. Anhang Präsentationen. Es sind nur die Versionen mit wesentlichen Änderungen im Anhang abgedruckt.

² Schlegelmilch/Lutz 2005 und Schlegelmilch 1999.

³ Ebd.

auch die Senkung der Lohnnebenkosten angesichts der demografischen Entwicklung in Tschechien – eine Überalterung der Gesellschaft ist wie fast überall in Europa abzusehen – für nicht zukunftsfähig. Der Vertreter des Finanzministeriums gab zu bedenken, dass der mit einer Ökosteuer geschaffene Anreiz, Energie zu sparen bzw. saubere Energien zu nutzen, die von der Steuer ausgenommen wären, zu einer Reduktion der Staatseinnahmen führen würde, was nicht im Sinne des Ministeriums sei. Die Position des Umweltministeriums war dagegen, die Einführung von Ökosteuern könnten sich als ein wirksames Instrument zur Restrukturierung der Umwelt in Tschechien erweisen, wenn ihre Umsetzung mit anderen Politikbereichen abgestimmt wird.

Seminar 02: Akteure aus Wissenschaft und Forschung – 25. April 2003

In diesem Seminar standen die verschiedenen Modellierungskonzepte für eine Ökosteuer im Fokus. Nach der einführenden Darstellung der Entwicklung der ökologischen Steuerreform in Deutschland und der Aktivitäten auf EU-Ebene durch Kai Schlegelmilch und der Präsentation der Steuererleichterungen bzw. –befreiungen für Industriebetriebe durch Bettina Meyer (s.o.) stellte Barbara Praetorius vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung die 1994 bzw. 2001 von Mitarbeitern des Instituts im Auftrag von Greenpeace erstellte Studie „Design einer Ökologischen Steuerreform“ vor. Sie zeigte die verschiedenen Modellierungsansätze wie Panta Rhei und Lean auf und verglich sie miteinander. Trotz unterschiedlicher Ansätze kommen beide Modelle zu ähnlichen Ergebnissen. Sie waren in Deutschland sehr wichtig für das Verständnis der Dynamik einer ökologischen Steuerreform und hatten letztlich dazu beigetragen, die deutschen Politiker von der Effektivität einer solchen Reform zu überzeugen.

Die tschechischen Wissenschaftler Jiřina Jílková vom Institut für Wirtschafts- und Umweltpolitik der Universität für Wirtschaft in Prag, Jan Bruha von der Karls-Universität Prag und der Hochschule für Wirtschaft in Prag, Jana Szomolányova von der Umwelt-NGO SEVEN und insbesondere Milan Ščasný¹ vom Umweltzentrum der Karls-Universität Prag trugen ihre Arbeiten zu Konzeption und Modellierung der Reform vor. Lutz Mez stellte den Politikinnovationsprozess vom politologischen Standpunkt aus dar und wies darauf hin, dass dabei Hindernisse überwunden werden können, indem beispielsweise Kriterien wie Instrumentierung, Politikstil und sektorspezifische Konstellation der Akteure wahrgenommen und in Rechnung gestellt werden².

Die Abschlussdiskussion fokussierte zunächst auf das Für und Wider der einzelnen Modellansätze, um dann jedoch auch die ökonomischen (Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen unter einer Ökosteuer) und sozialen (doppelte Dividende durch Belastung des Faktors Umweltverbrauch bei gleichzeitiger Entlastung des Faktors Arbeit) Aspekte zu beleuchten. Einige der tschechischen Wissenschaftler, insbesondere Mitarbeiter der Karls-Universität sowie der NGO halten eine Ökologische Steuerreform für ein zentrales und wirtschaftlich hoch effizientes Instrument der nationalen Klimaschutzpolitik und wollen ihre Politikberatung entsprechend ausrichten.

Seminar 03: Vertreter der Kirchen – 19. Juni 2003

Wie nicht anders zu erwarten, war es für die tschechischen Organisatoren der Seminarreihe außerordentlich schwierig, interessierte Vertreter der Kirchen zu einer Teilnahme am Seminar zu bewegen. Zum Einen ist dies der Tatsache geschuldet, dass das Thema Ökologische Steuerreform/Finanzreform in der tschechischen Öffentlichkeit insgesamt noch nicht wahrgenommen wird, zum Anderen ist es aber auch sicher der Historie des Landes zuzuschreiben, da die Kirchen in der realsozialistischen Epoche ein Dasein nur am Rande bzw. im Un-

¹ Mez, Lutz, s. im Anhang „Präsentationen“, Seminar 02.

² Ebd.

tergrund fristen konnten. Auch ihre Stellung in der Gesellschaft ist eine gänzlich andere als in Deutschland, wo die Finanzierung zumindest der großen Kirchen durch staatliche Vorgaben gesichert ist, da die Kirchensteuer zusammen mit der Lohnsteuer eingezogen wird. So nahmen Vertreter der Tschechoslowakischen Hussitischen Kirche, der Evangelischen Kirche der Böhmisches Brüder, die beide Mitglieder des Ökumenischen Rates der Kirchen in der Tschechischen Republik sind, sowie Vertreter der Tschechischen Christlichen Akademie, der Fakultät für Humanistik der Karls-Universität und des Instituts für Umweltpolitik teil. Bedauerlicherweise konnte von der Römisch-Katholischen Kirche, die erst 1996 als assoziiertes Mitglied dem Ökumenischen Rat beigetreten war, wie auch von den Altkatholiken niemand zur Teilnahme gewonnen werden. Allerdings stellte sich nach dem Seminar heraus, dass dieses von Seiten des Bischöflichen Amtes sehr wohl wahrgenommen worden war, weil der Prager Bischof Václav Malý sich in einem Brief an Martin Bursík sehr zustimmend zum Thema selbst und zum tschechisch-deutschen Dialog zwischen den Vertretern gesellschaftlicher Gruppen aus beiden Ländern äußerte.

Referenten von deutscher Seite waren Dr. Andreas Lienkamp, Professor an der Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin und Mitglied der Arbeitsgruppe Ökologie der Deutschen Bischofskonferenz, und Dr. Hans-Jochen Luhmann, Stellvertretender Leiter der Abteilung Klimapolitik am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie und Mitglied der Kammer für Entwicklung und Umwelt der Evangelischen Kirche in Deutschland.

Beide Referenten beleuchteten das Thema Ökologische Steuerreform von sozial- und wirtschaftsethischen Prinzipien her und machten deutlich, dass es dabei nicht um die Ideologie von Moralisten oder um abgehobene Denkgebäude fernab der Realitäten gehen könne, die selber betrachtet werden, als seien sie Sachzwänge, die keinerlei ethischen Maßstäben unterlägen. Ethik als die verantworteten Zwecke, die Ziele, die Folgen und die Art und Weise wirtschaftlichen Handelns ist vielmehr eine Dimension, die in der Welt der Wirtschaft längst erkannt ist. Naturressourcen wie z. B. das Klima sind öffentliche Güter, für die jeder Einzelne Verantwortung übernehmen muss, nicht zuletzt auch im Hinblick auf die nachfolgenden Generationen.

Andreas Lienkamp sieht die Weltkirche als Lerngemeinschaft und gerade auch die Arbeit in der Ökumene als Möglichkeit eines gegenseitigen Befruchtens. So hätten beide Kirchen in dem *Gemeinsamen Wort der Kirchen zur Wirtschaftlichen und Sozialen Lage in Deutschland* die Nachhaltige Entwicklung als Basisprinzip einer christlichen Umweltethik als Leitbegriff einer dauerhaft umweltgerechten Entwicklung formuliert und damit ein eindeutiges Votum für eine Energie- bzw. Ökosteuer abgegeben¹.

Die Ausgestaltung der deutschen Ökosteuer sieht er teilweise kritisch, so bestehe eine Gerechtigkeitslücke, da beispielsweise energieintensive Unternehmen, denen nur eine reduzierte Ökosteuer auferlegt wird, nicht länger ohne eine degressive Staffelung bleiben sollten. Eine Lenkungswirkung werde damit nicht erreicht, weil nur geringe oder gar keine Anreize zum Einsatz neuer, energieeffizienter Technologien erfolge. Gerade dies wären aber, zusammen mit mehr Beschäftigung, wünschenswerte langfristige Effekte. Ein Strukturwandel müsse jedoch sozial und moralethisch erfolgen.

Hans-Jochen Luhmann meint dagegen, dass die Evangelische Kirche in Deutschland niemals öffentlich Stellung zur ökologischen Steuerreform bezogen habe. In der Wirtschaftsdenkschrift der EKD „Gemeinwohl und Eigennutz“ von 1991, die zu einem „wirtschaftlichen Handeln in Verantwortung für die Zukunft“ auffordert, wird eine Ökosteuer nicht erwähnt. Dies sei nicht zuletzt auf die besondere institutionelle Struktur der EKD zurückzuführen, die Umweltfragen einer Kammer für Umwelt und Entwicklung (deren Leiter er selbst ist) und soziale Fragen einer Kammer für Soziale Verantwortung zuweist, eine Separierung, die kontra-

¹ Lienkamp, Andreas. S. Anhang "Präsentationen"

produktiv ist, weil sie ganzheitliche Antworten verhindert. Ein breiter Anhörungsprozess gesellschaftlicher Gruppen sei für eine verantwortungsvolle Politik unabdingbar.

Die Diskussion drehte sich hauptsächlich um die praktischen Auswirkungen des Instruments Ökologische Steuerreform, insbesondere unter den derzeitigen sozialen Bedingungen in Tschechien. Der von deutscher Seite geäußerte Rat, beim Neukauf eines Autos ein möglichst energiesparendes zu erwerben, wurde mit großer Skepsis aufgenommen, da der größte Teil der in einem vielerorts schmerzhaften Transformationsprozess befindlichen Gesellschaft nicht über die Mittel verfügt, überhaupt den Neukauf eines Autos zu erwägen¹. Desgleichen ist die Empfehlung, Heizenergie zu sparen, für die meisten Haushalte unsinnig, da sie derzeit noch nicht über eine individuelle Regulierungsmöglichkeit verfügen. Generell wird die Einführung einer neuen Steuer zunächst eher ablehnend aufgenommen, da die Belastungen für den Einzelnen im Zuge der Angleichungen an den gemeinsamen Besitzstand der Europäischen Union ohnehin steigen. Die Überlegungen zur Ausweitung der Ökosteuer auch auf Kerosin, was von einigen deutschen Grünen nicht zuletzt aus Gerechtigkeitsgründen gefordert wird - so ist die Bahn als umweltfreundliches Verkehrsmittel mit der Ökosteuer belastet, der Flugverkehr jedoch nicht, was den Wettbewerb verzerrt - werden auch von Lienkamp geteilt, trafen aber auf tschechischer Seite nicht auf große Zustimmung.

Seminar 04: Vertreter von Stiftungen – 20. Juni 2003

In Deutschland kommt den Stiftungen eine bedeutende Rolle als Akteure im Meinungsbildungsprozess und bei der gesellschaftspolitischen und demokratischen Bildungsarbeit zu. So haben sich die politischen Stiftungen der großen Parteien 1998 in einer *Gemeinsamen Erklärung* selbst verpflichtet, „durch Vermittlung politischer Bildung die Beschäftigung der Bürger mit politischen Fragen anzuregen sowie ihr politisches Engagement zu fördern und zu vertiefen, durch ... politische Forschung und Beratung Grundlagen politischen Handelns zu erarbeiten sowie den Dialog und Wissenstransfer zwischen Wissenschaft, Politik, Staat und Wirtschaft zu vertiefen“².

Stiftungen mit der Ausrichtung auf einen gesellschaftlichen Teilbereich wie die Bundesstiftung Umwelt, die beispielhafte innovative Projekte zum Umweltschutz fördert, tragen nicht nur mit der Umweltbildung und -erziehung gerade auch junger Menschen, sondern auch mit der Unterstützung innovativer Umwelttechnologien sehr wesentlich zur ökologischen Modernisierung von Staat und Gesellschaft bei. Im Gegensatz zu den politiknahen Stiftungen, die keine Multiplikator-Aktivitäten wie Seminare oder Workshops unterstützen dürfen, ist sie einer der Hauptakteure bei der Förderung von NGO-Projekten. In Deutschland sind die Stiftungen ein wichtiger Teil der politischen Kultur.

In der Tschechischen Republik dagegen ist das Stiftungswesen noch weit weniger entwickelt und wird deshalb in der Öffentlichkeit bislang noch nicht recht wahrgenommen. Die in den Jahren seit der Wende gegründeten Stiftungen werden zumeist noch von ausländischen Partnern finanziell unterstützt und kämpfen um eine eigenständige solide Finanzierung.

Im Seminar vertreten waren Mitglieder der *Partnership Foundation (Nadace Partnerství, Brno)*, die 1991 mit Geldern des Marshall Fund gegründet, 1994 als unabhängige tschechische Stiftung registriert wurde und seit 1997 mit Schwesterstiftungen aus Polen, Ungarn und der Slowakei in einem Konsortium *The Environmental Partnership for Central Europe* zu-

¹ In Tschechien beträgt das durchschnittliche Alter des Kraftfahrzeugbestandes derzeit 18 Jahre (Aussage eines Teilnehmers).

² Gemeinsame Erklärung der Konrad-Adenauer-Stiftung (CDU), Friedrich-Ebert-Stiftung (SPD), Friedrich-Naumann-Stiftung (FDP), Hanns-Seidel-Stiftung (CSU) und Heinrich-Böll-Stiftung (Bündnis 90/Die Grünen, Cadenabbia 1998).

sammenarbeitet. Ihre Ziele sind die Verbesserung der Umweltqualität, die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung und der Aufbau der Zivilgesellschaft.

Auch die *VIA Foundation (Nadace VIA)*, gegründet 1997 mit der Aufgabe, die Arbeit des tschechischen Zweigs der amerikanischen *Foundation for a Civil Society* fortzusetzen, sieht ihre Mission in der Unterstützung und Stärkung einer aktiven gesellschaftlichen Partizipation bei der Entwicklung einer demokratischen Gesellschaft in der Tschechischen Republik durch die Unterstützung von Nichtregierungsorganisationen mit Finanzmitteln und bei der Kapazitätsbildung.

Der Referent der *Friedrich-Ebert-Stiftung*, Albrecht Koschützke, stellte das Thema Ökologische Steuerreform in den größeren Umfang einer ökologischen Marktwirtschaft. Er schilderte seine Erfahrungen in einem ähnlichen Diskurs- und Dialogprojekt zwischen Vertretern zivilgesellschaftlicher Organisationen der Wissenschaft, Wirtschaft und Gewerkschaften, der Politik, Verwaltung und Medien, das in den Jahren 1999/2000 unter Koordination der Friedrich-Ebert-Stiftung in Kooperation mit dem Bundeswirtschaftsministerium durchgeführt wurde. Das Ziel dieses deutschen Dialogprojektes war allerdings wesentlich umfangreicher als das des tschechisch-deutschen Projektes: Mit diesem Dialogprozess sollte der Rahmen einer zukünftigen Energiepolitik der Bundesregierung skizziert werden, nämlich eine „Energiepolitik für die Zukunft – Leitlinien zur Energiepolitik“.

Der zweite deutsche Referent, Siegfried Leittretter von der gewerkschaftsnahen *Hans-Böckler-Stiftung*, behandelte die ökologische Steuerreform unter dem Aspekt ihres Zusammenwirkens mit anderen Lenkungsinstrumenten (wie das Erneuerbare-Energien-Gesetz, das Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz, die Energieeinsparverordnung und nicht zuletzt die europäische Energiesteuerrichtlinie) in einem Bündnis von Arbeit und Umwelt, als ein marktwirtschaftliches Instrument für ein nachhaltiges Energie- und Ressourcenmanagement und zukunftsfähige Arbeitsplätze, d.h. also, als wirtschaftlich vertretbar und gleichzeitig sozial. So hat nach seiner Einschätzung das Handwerk große Beschäftigungsgewinne durch den Klimaschutz, so könnten z.B. allein im Gebäudesektor mehr als 200 000 Arbeitsplätze geschaffen werden. Die gewerkschaftliche Sicht der Entwicklung in Deutschland stand hier im Vordergrund, insbesondere aber auch der Gerechtigkeitsaspekt der steuerlichen Belastungen.

Martin Bursík stellte in seiner Präsentation das Instrument Ökosteuer als einen wichtigen Beitrag zu einer verantwortlichen Umweltpolitik in der Tschechischen Republik dar, denn die Schadstoffbelastung ist im Vergleich mit den Staaten der EU-15 nach wie vor sehr hoch (z.B. CO₂ 41 %, SO₂ 40 %, No_x 39 % höher als in EU-15)¹. Nach dem Zeitplan der externen Arbeitsgruppe sollte der politische Prozess der Einführung der Ökologischen Steuerreform in Tschechien mit einem Beschluss des Gesetzes im tschechischen Parlament Mitte des Jahres 2005 beendet sein.

Milan Ščasný ging in seiner Präsentation detailliert auf die erforderliche neue Gesetzgebung bzw. Novellierung bestehender Gesetze ein und erläuterte die in der Konzeption vorgesehenen Steuersätze für die einzelnen Energieträger².

Lutz Mez schilderte die Rolle gesellschaftlicher Akteure bei der Umsetzung der Ökologischen Steuerreform nach den Erfahrungen in Deutschland³. Diese können sich für den politischen Prozess in Tschechien als eine große Hilfe erweisen, da die Wahrnehmung von Unterstützung bzw. Gegnerschaft bei den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen für die Kommunikation wie auch für den Gesetzgebungsprozess von großer Bedeutung ist.

¹ Bursík, Martin, Präsentation in Seminar 04, s. Anhang.

² Ščasný, Milan, ebd.

³ Mez, Lutz, ebd.

Milan Horaček, der Vertreter der *Heinrich-Böll-Stiftung*, war von 1991 bis 2004 Leiter des Prager Büros der Stiftung und von 1983 bis 2004 Abgeordneter von Bündnis 90/die Grünen im Deutschen Bundestag (seitdem ist er Mitglied des Europäischen Parlaments), kennt die Verhältnisse in beiden Ländern aus eigener Anschauung. Er wies darauf hin, dass der Beitritt Tschechiens zur Europäischen Union die Gesellschaft stabilisiert und die Bürgerbeteiligung stärkt. Nur mit starken Nichtregierungsorganisationen und Parteien können die demokratischen Rechte und Pflichten der Bürger zum Wohl der Gesamtheit eingesetzt werden. Neue politische Instrumente müssen in der Öffentlichkeit kommuniziert werden.

Nach zunächst - wie in allen Seminaren - geäußerten Verständnisfragen zum Instrument der ökologischen Steuerreform und der generellen Skepsis gegenüber der Einführung einer neuen Steuer wandte sich die Diskussion sehr schnell der schwierigen Situation der tschechischen Stiftungen zu, die ihre Aufgabe als Multiplikator nicht ausreichend wahrnehmen können, da sie kaum über eigene Mittel verfügen. Da sie bisher weitgehend von ausländischen Geldgebern finanziert werden, die ihre Zuwendungen üblicherweise zweckgebunden vergeben, sind ihre Aktivitäten zur Verbreitung innovativer Ideen oder „good practice“-Erfahrungen aus anderen Ländern in Seminaren oder größeren öffentlichen Veranstaltungen naturgemäß sehr eingeschränkt. Gerade die Stiftungen wären aber ideale Träger eines gesellschaftlichen Diskurses über neue politische Instrumente. Große Hoffnungen werden in die lokalen Vertreter der deutschen großen politiknahen Stiftungen wie Konrad-Adenauer-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung, Friedrich-Naumann-Stiftung und Heinrich-Böll-Stiftung gesetzt, die ja alle Niederlassungen in Prag haben, und die bei der Kommunikation der Öko-steuer in der tschechischen Öffentlichkeit unterstützend tätig werden sollten.

Die Stiftungen sind sich einig, dass ein Fokus ihrer Arbeit in der Vernetzung gesellschaftlicher Gruppen zur Diskussion von zukunftsfähigen Fragen und Problemen besteht.

Seminar 05: Vertreter der Medien – 07. November 2003

Die Einführung neuer politischer Instrumente braucht nicht nur eine Diskussion in der Fachwelt, sondern muss möglichst in alle gesellschaftlichen Bereiche hineingetragen werden, um in der Gesamtbevölkerung Akzeptanz zu finden. Hier kommt den Medien eine wichtige Rolle in der Informationsvermittlung wie auch in der Auseinandersetzung um Funktionalität und Wirkung des fraglichen Instruments zu. In der entwickelten Zivilgesellschaft übernehmen die Medien und vielerorts sehr aktive und streitbare Bürgerinitiativen die Kommunizierung staatlicher Eingriffe und führen die Auseinandersetzung über deren positive und negative Aspekte.

In Deutschland war die Einführung der ökologischen Steuerreform vom eher links-liberalen Pressespektrum mit Interesse, aber durchaus auch kritisch begleitet worden, während der konservativ ausgerichtete Teil der Medien eher ablehnend bis äußerst emotional dagegen argumentierte (die *Bild* Zeitung heizte 1999 mit Balkenüberschriften wie „Benzin-Wucher“, „Benzin-Wut“, „Benzin-Irrsinn“, „Benzin-Schock“ ihre Leser eine Zeit lang auf, ohne die Einzelheiten des Steuervorhabens und der Entlastungsseite zu erklären).

In der Tschechischen Republik kann sich erst seit der Wende zum demokratischen Staat eine bunte und vielgestaltige Presselandschaft entwickeln und dieser Prozess ist derzeit in vollem Gange, naturgemäß erschwert durch die Bedingungen in der gesellschaftlichen Transformation. Umweltaktivisten haben es schwer, ihre Anliegen in der Öffentlichkeit zu kommunizieren, da ihnen zumeist die Finanzmittel für eine effiziente Öffentlichkeitsarbeit fehlen. Zudem ist das Thema Umwelt in der tschechischen Öffentlichkeit nicht im Fokus des Interesses, da die Tschechische Republik ihre internationalen Verpflichtungen nach dem Kyoto-Protokoll bereits erfüllt hat (bezogen auf das Basisjahr 1990 sind die CO₂-Emissionen durch Stilllegungen bzw. Sanierungen in der Industrie erheblich zurückgegangen). Gleichzeitig sind allerdings die Pro-Kopf-Emissionen von CO₂ um 41 %, die SO₂ -Emissionen um 40 % und

die NO_x-Emissionen um 39 % höher als in der EU-15, womit die Tschechische Republik zu den zehn relativ größten Verschmutzern der Welt zählt¹.

Diesen Sachverhalt in der tschechischen Gesellschaft zu kommunizieren, wurde von allen Vertretern der tschechischen Medien als äußerst schwierig gesehen. Redakteure und Journalisten von großen Zeitungen wie *Mlada fronta Dnes* (auflagenstärkste Tageszeitung) oder *Hospodářské noviny* (bedeutendstes Wirtschaftsblatt) wie auch der Wirtschaftszeitungen *EURO* und *Ekonom*, aber auch von der deutschsprachigen *Prager Zeitung* und vom Prager Büro der BBC sowie vom Tschechischen Rundfunk waren sich einig, dass das Thema Ökologische Steuerreform in der tschechischen Leserschaft zunächst auf völliges Unverständnis und Desinteresse stoßen würde und deshalb von den verantwortlichen Redakteuren nicht gerade als besonders dringlich eingeschätzt werden würde. Die Vertreter der Umwelt-Newsletter wie *ekoList* und *Odpady a Moderní obec* sahen in ihrer Leserschaft erwartungsgemäß etwas mehr Bereitschaft, sich mit einem solchen Thema auseinander zu setzen, obwohl die Erhebung einer neuen Steuer auch dort eher skeptisch gesehen werden dürfte.

Von heute aus – im nachhinein – wird auch der deutsche Weg, Sinn und Vorzüge einer ökologischen Steuerreform in der Öffentlichkeit zu propagieren, von Experten eher skeptisch beurteilt; es herrscht die Meinung vor, das Thema sei nur ungenügend kommuniziert worden, weil der positive Effekt der Senkung der Lohnnebenkosten bzw. die vermiedene Erhöhung der Sozialabgaben zur Rentenversicherung von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung nicht ausreichend wahrgenommen wurde. Dass nur ein geringer Teil der Ökosteuer für ökologische Belange verwendet wird, war ebenfalls nicht wirklich zu vermitteln.

Die deutschen Referenten berichteten über ihre Erfahrungen mit der Publikation dieser schwierigen Materie. Manfred Kriener, der elf Jahre Redakteur der *Tageszeitung (taz)* und deren Leiter der Umweltredaktion war und auch für *Natur & Kosmos* Beiträge geschrieben hat, schilderte die Presseschlachten in den ersten Jahren der rot-grünen Regierung. Die *taz* mit ihrer zahlenmäßig eher geringen, linken und ökologisch orientierten Leserschaft stand von Anfang an positiv hinter dem Vorhaben. Als CDU, ADAC und Teile der Wirtschaft im Jahr 2000 eine massive Kampagne gegen die Ökologische Steuerreform durchführten, hielt die *taz* standhaft, aber nicht unkritisch, dagegen. Anke Oxenfarth, Redaktionsleiterin der Zeitschrift *politische ökologie*, die ein modernes Natur(schutz)verständnis propagiert und fordert, dass Natur nicht nur in kleinen Schutzgebieten stattfinden darf, sondern dass ein zukunftsweisender Naturschutz mit Wirtschaft und Gesellschaft an einem Strang ziehen muss, wies darauf hin, dass die Kommunizierung eines umweltpolitischen Instruments in einen größeren Zusammenhang gestellt werden sollte. So kann eine ambitionierte Programmatik für Ökologie und Gerechtigkeit, d.h. Rechte für Bürger und communities, ökonomische Signale auch für die globalen Märkte, für neue globale Institutionen geben. Die Frage nach dem gleichen Recht auf das natürliche Erbe der Erde ist auch zentral für die Frage der Armutsbekämpfung. Der oft gehörte Gemeinplatz, der Umweltschutz verträge sich nicht mit der Bekämpfung der Armut, ist nicht zutreffend, vielmehr muss der Schutz natürlicher Ressourcen zu einem integralen Bestandteil der Armutsbekämpfung werden. Joachim Wille, Ressortleiter Mensch-Technik-Umwelt der *Frankfurter Rundschau*, war einer der aktivsten und kompetentesten Begleiter der veröffentlichten Diskussion der Ökosteuer in der Bundesrepublik. Er vertrat die Ansicht, dass es, obwohl die Ökosteuer, gerechtfertigt oder nicht, bei der Mehrzahl der Bürger unbeliebt ist, sie in die allgemeine Debatte über Steuererhöhungen nicht hineingezogen werden sollte. Die Öko-Reform des Finanzwesens habe damit nichts zu tun. Hier gehe es um die allmähliche Korrektur einer Schiefelage, nämlich Ressourcenverschwendung wegen zu niedriger Preise und Arbeitsplatzvernichtung wegen zu hoher Lohnnebenkosten. Die ökologische Modernisierung der Industriegesellschaft müsse als Langfristaufgabe verankert werden und eben dies müsse auch kommuniziert werden.

¹ Bursík, Martin, Präsentation in Seminar 04, s. Anhang Präsentationen.

Die Diskussion war sehr lebhaft und sehr lehrreich. Von Seiten der tschechischen Pressevertreter wurde bedauert, dass es bislang kaum Veröffentlichungen zum Thema gibt, einige wenige Zeitungsartikel, in denen aber weder auf die theoretischen Grundlagen der Reform eingegangen wurde, noch ein Hinweis auf die Möglichkeit erfolgte, Erfahrungen anderer Länder zu nutzen. Lediglich in zwei Publikationen, im Parlamentarischen Bulletin, das von einer NGO herausgegeben wird und sich an Parlamentarier wendet, und in einer Informationsbroschüre der Umwelt-NGO *Hnutí Duha*, Mitglied von *Friends of the Earth*, wird das Konzept der ökologischen Steuerreform erklärt. Das bisher einzige organisierte und längerfristige Kommunikations- und Popularisierungsunternehmen ist das tschechisch-deutsche Dialogprojekt zur Einführung der ökologischen Steuerreform in der Tschechischen Republik.

Es bestand ein Konsens unter den tschechischen Medienvertretern, dass in der politischen Kultur Tschechiens ein generelles Kommunikationsproblem bestehe, dass die Kommunikationsinstrumente noch weitgehend fehlten.

Seminar 06: Gewerkschaften – 16. Januar 2004

In der Bundesrepublik hat ein Teil der Gewerkschaften die Idee der ökologischen Steuerreform positiv aufgenommen, so u. a. der Deutsche Gewerkschaftsbund, Ver.di, die IG Metall und die IG BCE. 1998 unterstützten insgesamt acht Einzelgewerkschaften arbeitsintensiver Branchen die Ökologische Steuerreform, weil sie sich mit der Entlastung des Faktors Arbeit eine deutliche Beschäftigungswirkung und damit ein Instrument zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erhofften. Die Umschichtung der Abgaben zu Gunsten der einkommensschwachen Bevölkerungsteile wie der Rentner und der Arbeitslosen durch eine höhere Belastung des Verbrauchs von Umweltgütern war ein Novum in der Sozialpolitik. Eine doppelte Dividende durch die Schaffung von mehr Arbeitsplätzen mit gleichzeitiger Verbesserung des Umweltschutzes und die Schaffung von geschätzten 1,5 Millionen neuer Beschäftigungsverhältnisse¹ würde auch eine Effizienzrevolution bedeuten als Teilstrategie auf dem Weg zu einer Politik der Nachhaltigkeit. Gewerkschaften energieintensiver Branchen wie die Aluminium- oder die Eisenverarbeitende Industrie waren strikt gegen die ökologische Steuerreform, obwohl energieintensive Betriebe durch Begünstigungen oder Befreiungen nicht so stark belastet wurden.

Auf tschechischer Seite nahmen Vertreter von Gewerkschaftsverbänden wie des *Verbands Unabhängiger Gewerkschaften – Gewerkschaft für Nahrung und Landwirtschaft (ASO-OS zemědělství)*, der *Böhmisch-Mährischen Gewerkschaftskonföderation (ČMKOS)*, der *Gewerkschaft der Kraftwerksindustrie*, der *Tschechischen Metallarbeitergewerkschaft (OS KOVO)*, und der *Gewerkschaft für Transport und Verkehr (OS doprava)* teil.

Auf deutscher Seite hatten bedauerlicherweise die Vertreter von DGB und IG BAU sehr kurzfristig ihre Teilnahme absagen müssen, so dass Arnd Spahn von der *Europäischen Föderation der Gewerkschaften für Nahrung, Landwirtschaft und Tourismus*, vormals Abteilungsleiter Landwirtschaft bei der IG BAU, der nicht nur die deutsche Situation sondern auch die Entwicklungen auf EU-Ebene genauestens kennt, diese sehr kompetent darstellte. So sind aus seiner Sicht ordnungspolitische Instrumente allein wenig geeignet und Selbstverpflichtungen der Unternehmen als Instrument zu schwach – sie können von den Gewerkschaften nicht mitgestaltet werden. Die Ökologische Steuerreform ist dagegen ein wichtiger und zentraler Beitrag zu gesellschaftlichen Zielen wie z.B. dem Klimaschutz (CO₂-Minderung), und sie ist geeignet, als nationales Instrument in den Beitrittsländern zu wirken, wobei allerdings auch ein Konsens in der Föderation erforderlich ist. Für eine tschechische Konzeption empfahl er, nicht unbedingt das deutsche Modell zum Vorbild zu nehmen, das in seinen Augen für einen Transfer wegen der unterschiedlichen Strukturen nicht übermäßig geeignet sei,

¹ Nach Berechnungen von Bernd Meyer, Universität Osnabrück, in einem Simulationsmodell 1997.

sondern vielmehr belgischen, niederländischen und schwedischen Erfahrungen zu nutzen. So könne beispielsweise die Besteuerung der Primärenergie mit einer gleichzeitigen Förderung der erneuerbaren Energien in der Tschechischen Republik neue Arbeitsplätze schaffen. Er untermauerte dies mit vielen Beispielen aus verschiedenen europäischen Ländern.

Für den verhinderten Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes stellte Lutz Mez die Position des DBG dar. Dieser hatte nach eigener Aussage die Bundesregierung mit ihrem Konzept der ökologischen Steuerreform von Anfang an unterstützt, weil er das zu Grunde liegende Prinzip, den Faktor Arbeit zu entlasten und dafür den Verbrauch natürlicher Ressourcen steuerlich zu belasten, für richtig erachtet. Der DGB unterstützt das Leitbild der Nachhaltigen Entwicklung und begrüßt ausdrücklich die Fortentwicklung der ökologischen Steuerreform als eine zukunftsgerichtete Politik der Nachhaltigkeit, fordert aber gleichzeitig die Harmonisierung der Energiebesteuerung in der gesamten Europäischen Union. Ein ermäßigter Steuersatz für energieintensive Betriebe sei zu akzeptieren, so lange dies nicht zu einer wettbewerbsgefährdenden Belastung führt. Im Herbst 2003 gab es Gespräche mit dem Bund für Umwelt und Natur Deutschland (BUND) mit dem Ziel, „soziale und ökonomische Schieflagen der ökologischen Steuerreform zu justieren“¹.

Die Diskussion fokussierte auf die möglichen sozialen und ökonomischen Auswirkungen einer ökologischen Steuerreform in der Tschechischen Republik, insbesondere auch unter dem Gerechtigkeitsaspekt. Eine Reduzierung der steuerlichen Belastungen der Arbeitgeber mit dem Ziel, die Arbeitskosten zu senken bei gleichzeitiger höherer Besteuerung umweltschädigender Aktivitäten würde gerade die sozial schwachen Schichten belasten. Das Argument, durch energiesparendes Verhalten könnten erhöhte Aufwendungen für Energie kompensiert werden, greift nach Meinung einiger Gewerkschafter unter den gegenwärtigen Bedingungen in Tschechien nicht, da im größten Teil der Wohnungen die Technik zum individuellen Regeln der Heiz- und Wassertemperatur nicht vorhanden ist. Insgesamt schien unter den Gewerkschaftsvertretern eher Skepsis gegenüber der Einführung einer Ökosteuer vorzu herrschen, einer der Teilnehmer lehnte diese völlig ab. Der Einfluss der Gewerkschaften scheint indessen in der Tschechischen Republik zu schwinden, sie leiden an akutem Mitgliederschwund².

Seminar 07: Vertreter von Unternehmen – 10. Mai 2004

Die ökologische Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft ist unter der rot-grünen Regierung in Deutschland bewusst forciert worden. Mit der Formulierung der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie 2001 wurde die Integration von Umweltschutzbelangen in alle Politikfelder verbindlich festgelegt. Auch in der Unternehmerschaft wird diese als notwendig gesehen. So gibt es in der Bundesrepublik inzwischen mehrere Zusammenschlüsse von Wirtschaftsunternehmen, die eine Einbeziehung von Umweltschutzaspekten in ihre Unternehmensplanung ernst nehmen, u. a. tagen die 23 Mitglieder von *econsense - Forum Nachhaltige Entwicklung der Deutschen Wirtschaft*, einer Vereinigung, in der insbesondere große Unternehmen vertreten sind, einmal jährlich im Haus des BDI/BDA in Berlin, um ihre Unternehmenspolitik unter dem Gesichtspunkt der Umweltverträglichkeit zu diskutieren und auch punktuell auf die Gestaltung der Politik Einfluss zu nehmen, wenn dies für eine gesunde Wirtschaftsentwicklung notwendig erscheint. So hat sich *econsense* im Hinblick auf die Konzeption einer Europäischen Nachhaltigkeitsstrategie, die auf dem Gipfel der EU-Staats- und Regierungschefs im Juni d.J. vorgelegt werden soll, für eine konzeptionelle Zusammenführung von EU-Wettbewerbsstrategie ("Lissabon-Strategie") und Nachhaltigkeitsstrategie ausgesprochen.

¹ Mez, Lutz: Präsentation Seminar 06, im Anhang Präsentationen.

² Silja Schultheis in Radio Prag am 10.04. 2006.

"Ein politischer Wille zu einer von europäischen Werten getragenen Vorreiterrolle, den wir unterstützen, muss sich mit ökonomischer Machbarkeit vertragen"¹.

Befürworter einer ökologischen Steuerreform aus der Unternehmerschaft sind insbesondere in Branchen zu finden, die mit relativ wenig Energie und einem verhältnismäßig hohen Arbeitsaufwand einen großen Wertanteil produzieren. Beispiele dafür sind die Elektrotechnik und der Maschinenbau und natürlich besonders der Sektor "Erneuerbare Energien", vor allem Wind- und Solarenergie. Eine nicht geringe Zahl dieser umweltbewussten Unternehmer sind vor allem im *Bundesdeutschen Arbeitskreis für umweltbewusstes Management (B.A.U.M.)*, im *Bundesverband Junger Unternehmer (BJU)*, der Unternehmensinitiative *future* und bei *UnternehmensGrün* organisiert.

Das Seminar für die Vertreter der Wirtschaft wurde von der Deutsch-Tschechischen Industrie- und Handelskammer (DTIHK/ČNOPK) in Prag organisiert und fand im dortigen Goethe-Institut statt. Eingeladen waren Vertreter unterschiedlicher Industrieunternehmen und -institutionen, die überwiegende Mehrheit waren Ingenieure.

Von deutscher Seite trat zunächst Dr. Franz-Martin Dübel auf, Leiter des von ihm selbst gegründeten *Instituts für die Marktentwicklung alternativer Kraftstoffe* und bis Dezember 2003 Manager bei der *Ford AG*, der die Sicht der deutschen Automobilindustrie sehr umfassend darstellte. Bei der Begrenztheit der Reserven an konventionelle Kraftstoffen, hohen Verkehrsdichten und Industriekonzentrationen in Ballungsräumen wird das Ziel der Autoindustrie, eine „nachhaltige Mobilität“ zu erreichen - Gewährleistung der Umweltverträglichkeit, mittel- bis langfristige Kraftstoffverfügbarkeit sowie Erschwinglichkeit für den Kunden - nur mit verbesserter Effizienz des Materialeinsatzes, der Produktions- und -entsorgungsprozesse bei gleichzeitiger Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit möglich sein. So arbeiten derzeit alle deutschen Autoproduzenten an der Forschung und Entwicklung alternativer Antriebe, die teilweise schon heute (Erdgasfahrzeug, Alkohol oder Flüssiggasfahrzeuge) oder aber zukünftig (Brennstoffzellen-/Wasserstofffahrzeuge, Hybridfahrzeuge, Methan- oder Biomassefahrzeuge) herkömmliche Kraftstoffe ersetzen können. Konsens unter den deutschen Automobilherstellern ist laut Dübel die umweltverträgliche Mobilität, wobei ordnungsrechtliche staatliche Eingriffe eher skeptisch gesehen werden und man den sogenannten Selbstverpflichtungen den Vorzug gibt, gleichzeitig hofft man auf die Unterstützung der europäischen Regierungen, damit die Automobilstandorte in Europa gesichert werden können².

Dr. Anselm Görres, Gründer und Geschäftsführender Gesellschafter der Firma *ZMM Zeitmanager München GmbH*, eines der führenden deutschen Unternehmen in der Vermittlung und Betreuung von Managern und Experten auf Zeit, war zuvor Unternehmensberater bei McKinsey. Er ist Vorsitzender des *Arbeitskreises Interim Management Provider (AIMP)*, in gleicher Funktion ist er für den *Förderverein Ökologische Steuerreform* tätig. Er führte aus, dass nicht eine paternalistische und bürokratische Politik von „command and control“, die „schlechtes“ Verhalten bestraft und „gutes“ Verhalten durch Subventionen belohnt, eine fortschrittliche Umwelt- und Sozialpolitik gewährleisten kann, sondern dass moderne, marktbasierende Instrumente wie die Ökologische Steuerreform (aber auch der Emissionshandel) viel effizienter wirken. Die Marktwirtschaft kann vieles regeln, wenn nur die Preise die Wahrheit sagen. Falsche Preise geben falsche Signale. Die Korrektur falscher Signale war und ist das wichtigste Ziel der ökologischen Steuerreform, sie gibt einen Anreiz, den Umweltkonsum zu vermindern. Er kritisierte Teile der Industrie, die ihr lautstarkes Klagen nicht einstellen will, obwohl sie tatsächlich begünstigt und entlastet ist. Insgesamt sei es notwendig, sowohl auf nationa-

¹ www.econsense.de/documents/econsense_Stellungnahme_KOM2005_658.pdf

² Dübel, Franz-Martin, Präsentation in Seminar 07, Anhang „Präsentationen“.

ler wie globaler Ebene über eine Verschmutzungskontrolle hinaus zu einer Ressourcenproduktivität zum Wohl von Wirtschaft, Menschen und Umwelt zu kommen¹.

Dr. Georg Riegel, vormals in der "Zukunftsforschung" der DaimlerChrysler AG (Leiter Umweltforschung) tätig, gründete im November 2002 die Firma *dezem GmbH* mit der Zielsetzung, radikale Energietransparenz in laiengerechter Form mit Hilfe spezieller Technologien zu schaffen und zu nutzen. Er führt die Firma seitdem und betreut inzwischen viele große und kleine Projekte mit einer speziellen internetorientierten Technologie. Insgesamt liegt sein zentrales berufliches Interesse in der theoretischen und praktischen Weiterentwicklung der Schnittstelle zwischen Wirtschaft und Umwelt, also in der Gestaltung der Bedingungen zur wirkungsvollen Verknüpfung von – gesellschaftlich definierten – ökonomischen und ökologischen Zielen.

Riegel schilderte die Situation aus der Sicht eines Großunternehmens. So sei das Topmanagement gegenüber ökologischen Innovationen oftmals aufgeschlossen, das Beharrungsvermögen des Mittelbaus jedoch verzögere oftmals Veränderungen. Die Ökologische Steuerreform als Anreizinstrument zu mehr Rentabilität in den inneren Abläufen eines Unternehmens war eher schwer zu vermitteln. So gelang es nicht, in wesentlichen Teilen der Wirtschaft die relevanten Akteure zu erreichen. Generell konstatierte er hier interessante Marktdefizite: einerseits würden in umweltrelevanten Geschäftsbereichen für lediglich kleine Verbesserungen oft Milliardenausgaben getätigt, während andererseits enorme und bereits heute hochrentable Einsparpotenziale beim internen Verbrauch von Energie, Wasser, etc. nicht wahrgenommen würden, weil Transparenz und Anreize auf der untersten Ebene großer Unternehmen oder Organisationen fehlten. In diese Marktlücke stößt die Dienstleistungsfirma *dezem GmbH* mit ihrer internetbasierten Technologie zur Energieverbrauchsleistungsmessung in Gebäuden in Echtzeit, die ein realistisches und allgemeinverständliches Bild der Abläufe in 24 Stunden geben. Damit können konkrete und nachvollziehbare Empfehlungen zum Energiesparen gegeben werden, was sich in der Kostenbilanz des Unternehmens oder der Institution positiv auswirkt². Sein Fazit für die Ökosteuer in großen Unternehmen lautet: „Transparenz schafft Akzeptanz“.

Die Diskussion zeigte, dass trotz der beeindruckenden Präsentationen bei der Mehrheit der tschechischen Wirtschaftsvertreter die Skepsis gegenüber der Einführung einer ökologischen Steuerreform in ihrem Land deutlich überwog. Eine Ökosteuer wurde überwiegend als Einschränkung der Wettbewerbsfähigkeit gesehen, zumal man mit dem Beitritt zur Europäischen Union bereits durch die Pflicht zur Umsetzung der Energiesteuer-Richtlinie mit erhöhten Energiesteuern rechnen müsse. Steuern insgesamt hemmten eine marktwirtschaftliche Entwicklung, die man in Tschechien ja gerade anstrebe. Die Begleitstudie zum Dialogprojekt hat gezeigt, dass die Hälfte der Unternehmensvertreter, die den Fragebogen ausgefüllt hatten, das deutsche Modell nicht als Vorbild sehen und einer potentiellen Ökosteuer in der Tschechischen Republik kritisch bis ablehnend gegenüberstehen³.

Seminar 08: Mitglieder der Sozialdemokratie – 12. Januar 2005

Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag beschloss im November 2003 die *Energiepolitische Agenda 2010 – Leitfaden für unsere Politik*, die eine nachhaltige Energiepolitik mit dem Fokus auf Innovation, Beschäftigungsanreize und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit propagierte und eine ökologische Modernisierung mit der Zusammenführung von Arbeit und Umwelt anstrebe. In Abschnitt 12: Energiepreise und Marktmechanismen heißt es: „Im Rahmen der Überprüfung der bisherigen ökologischen Steuerreform werden wir ihre Effekte genau

¹ Görres, Anselm, ebd.

² Riegel, Georg, Präsentation in Seminar 07, Anhang „Präsentationen“.

³ Tews, Kerstin: Der Transfer einer Innovation: Die tschechisch-deutsche Initiative für einen Dialog über eine Ökologische Steuerreform in der Tschechischen Republik. Unveröffentlichtes Manuskript.

prüfen und Mehrfachbelastungen unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der betroffenen Unternehmen und der Sicherung der Arbeitsplätze minimieren. ... Im Rahmen der ökologischen Finanzreform werden wir insbesondere ökologisch nachteilige Subventionen abbauen. ... Bereits heute hat die Senkung der Lohnnebenkosten ca. 60 000 Arbeitsplätze gesichert bzw. geschaffen, mittelfristig können es bis zu 250 000 werden. Der rückläufige Kraftstoffverbrauch zeigt, dass auch umweltpolitische Ziele erreicht werden“¹.

Von deutscher Seite nahm Dr. Barbara Hendricks MdB, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesfinanzministerium, aus der Regierungsverantwortung heraus Stellung zum Thema „Ökologische Steuerreform aus Sicht der Sozialdemokratie“. Nach einem Überblick zur parteipolitischen Rezeption der Ökosteuer seit den sechziger Jahren des letzten Jahrhunderts ging sie detailliert auf die Bestandteile und Auswirkungen der deutschen Ökosteuer ein, die ja keine ökologische Steuer im eigentlichen Sinn, sondern eine Steuer auf Kraftstoffe, Heizstoffe und Strom ist, aber sehr bald unter dieser Bezeichnung geläufig wurde. Sie wies auf die positiven Aspekte wie dem gesunkenen Kraftstoffverbrauch und der vermehrten Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs sowie der Entlastung der Rentenkassen hin, erwähnte aber auch den trotz Ökosteuer gestiegenen Stromverbrauch sowie den „Tanktourismus“. Als problematisch wird in Umwelt- und Finanzministerium auch die – weltweit gewährte – Mineralölsteuerbefreiung für Kerosin angesehen, weil dadurch der Flugverkehr und damit die Umweltbelastung zunehmen. Konkrete Pläne zur Einführung einer Kerosinsteuer bestünden aber derzeit nicht, man setze aber auf den Abbau von innergemeinschaftlichen Wettbewerbsverzerrungen durch Harmonisierung der Mineralölbesteuerung aller Verkehrsträger und strebe außerdem die Abschaffung der Umsatzsteuerbefreiung für den grenzüberschreitenden Luftverkehr an. Grundsätzlich habe die Ökologische Steuerreform in Deutschland zu einem gesteigerten Umweltbewusstsein der Bevölkerung beigetragen.

Ulrike Mehl, MdB, Mitglied des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit im Deutschen Bundestag und Mitglied des Kuratoriums der Deutschen Bundesstiftung Umwelt, schilderte die historische Entwicklung der Idee einer ökologischen Steuerreform in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands seit den sechziger Jahren, als Willy Brandt „einen blauen Himmel über der Ruhr“ forderte und einige Jahre später (1972) der erste Umweltbericht des Club of Rome erstmals eine breitere Öffentlichkeit aufrüttelte. Das Bewusstsein für Belastungen und Schädigungen des Gutes Umwelt wuchs zunehmend in der Gesellschaft, es entstanden neue Umweltverbände wie der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) u. a., die eine hocheffiziente Öffentlichkeitsarbeit betrieben und traditionelle Verbände wie den Naturschutzbund, der sich bis dahin nur auf den engen Bereich des Naturschutzes konzentriert hatte, in der öffentlichen Aufmerksamkeit schnell überflügelten. Gleichzeitig wurde die Partei der Grünen gegründet, die den Umweltbereich als zentrales Tätigkeitsfeld sah. Auch in Teilen der SPD wuchs das Bewusstsein für die Notwendigkeit einer umweltgerechten Politik, die den nachfolgenden Generationen nicht einen zerstörten Planeten überlassen wollte. Insbesondere über eine Konzeption von ökologischen Steuern wurde in den achtziger Jahren bereits eine teilweise heftige innerparteiliche Diskussion geführt und Anfang der neunziger Jahre wurde sie dann in das Wahlprogramm aufgenommen. Die Umweltpolitiker der SPD wollten die Ökosteuer-Erträge in Umweltprojekte einbringen, die Finanzpolitiker und Gewerkschaftsvertreter waren davon nicht begeistert. Die Fraktion beschloss nach mehreren Anhörungen mit verschiedenen Akteuren schließlich eine Begünstigung der Rentenversicherung, nicht der Arbeitslosenversicherung, wie von Teilen der Partei gefordert. Grundsätzlich ist auch die Diskussion in der Gesellschaft notwendig, auch wenn sie nicht immer bequem ist

¹ SPD-Bundtagsfraktion: Energiepolitische Agenda 2010. Innovativ, sicher und nachhaltig. Dokumente Nr. 05/03. November 2003.

und Freunde schafft, und nur durch die Kommunizierung von Politik kann man Akzeptanz in der Bevölkerung für neue Maßnahmen erreichen.

Die Diskussion verlief sehr engagiert und lebhaft. Es wurde schnell deutlich, dass unter den tschechischen Sozialdemokraten eine große Aufgeschlossenheit gegenüber der Idee einer ökologischen Steuerreform vorhanden war. Der ehemalige Umweltminister Miloš Kužvart bemerkte, er wünsche sich eine grüne Partei ins tschechische Parlament, um einen Partner zur Unterstützung in Umweltfragen zu gewinnen¹. Zu bedenken gab er, dass man eine makro-ökonomische Kalkulation durchführen müsse, so würden Gebühren für Luftverschmutzung beispielsweise Auswirkungen auf den Preisspiegel und damit auf die Inflation haben. Der Prozess von Lissabon (Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe in Europa) habe auch nach vier Jahren kein positives Ergebnis erbracht. Von einigen Teilnehmern wurde die Einführung einer Ökosteuer skeptisch beurteilt, es gebe bisher keine Akzeptanz dafür, auch ein politischer Wille sei nicht wirklich zu erkennen und man habe erhebliche Zweifel, dass das Ziel, sie im Jahr 2006 im Parlament zu verabschieden, erreichbar sei.

Martin Bursík erläuterte den derzeitigen Stand der Konzeption. Mit einer sehr maßvollen Besteuerung von Kohle und Strom, von Gas und Benzin, bei gleichzeitiger Befreiung von Biokraftstoffen von der Verbrauchssteuer habe man mit einer sozialverträglichen und aufkommensneutralen Gestaltung dieses Instruments eher weiche Maßnahmen geplant. Die Umsetzung des Konzepts würde sich bis zum Jahr 2012 erstrecken. Man hoffe, den Entwurf des Konzepts bis November 2005 mit dem Finanzministerium abgestimmt zu haben, danach solle ein externes Kommentierungsverfahren eingeleitet werden. Man müsse die Diskussion in allen Parteien führen, insbesondere aber in den großen Parteien wie ČSSD (Sozialdemokraten) und ODS (Demokratische Bürgerpartei).

Seminar 09: Umweltverbände – 06. Oktober 2005

Nichtregierungsorganisationen aus dem Umweltbereich haben in der Bundesrepublik eine wichtige Rolle bei der Diskussion um die Einführung der ökologischen Steuerreform gespielt. Die Aufklärungsarbeit zu diesem Thema, die zum besseren Verständnis und letztlich zur Akzeptanz bei Teilen der Bevölkerung geführt hat, ist in erster Linie ihrem Wirken zu verdanken. Als im Jahr 2000 CSU und ADAC eine Kampagne gegen die Ökologische Steuerreform führten und die Bild Zeitung mit großen Balkenlettern Benzin-Wut und Benzin-Schock im Volk konstatierte und einen Aufstand herbeizuschreiben schien, hielten Umweltverbände wie BUND und Greenpeace mit eigenen Kampagnen dagegen. So wurden Anfang Januar 2001 in Bremen beispielsweise von Aktivisten des BUND rund 1.000 Extraausgaben der „Bunt“ innerhalb von zwei Stunden verteilt. Die „Bunt“ informierte in Aufmachung und Stil der „Bild“ über die Ökosteuer in einer spritzigen Mischung aus Witz und Information („mehr Sex durch Ökosteuer“). Auch die Propagierung des Ökosteuer-Spar-Rechners des BUND fand öffentliche Resonanz, denn damit war es jedem Einzelnen möglich zu erkennen, ob und in welcher Höhe sie oder er unter dem Strich durch Öko-, Energiesteuer und Lohnsteuernebenkostensenkungen finanziell be- oder entlastet wird.

Umwelt-NGOs sind ideale Multiplikatoren, um neue Ideen und Instrumente in die Gesellschaft zu transportieren. Die aktive Teilnahme an gesellschaftlichen Diskursen kann wiederum eine Einflussnahme auf politische Entscheidungen bewirken. Die Partizipation an politischen Entscheidungsprozessen scheint in der tschechischen Gesellschaft noch wenig verbreitet, was zum großen Teil ihrer Geschichte zuzuschreiben ist.

Die tschechische Umweltbewegung ist jedoch nicht erst eine Errungenschaft der Demokratie, sondern ihre Wurzeln reichen in die Zeit vor 1989 zurück, in die Kreise der oppositionel-

¹ Dieser Wunsch könnte bei den Wahlen im Juni 2006 in Erfüllung gehen, da die grüne Partei in Umfragen sehr deutlich über fünf Prozent abschneidet (www.tschechien-online.org).

len Bürgerrechtsbewegung Charta 77. Unter den Regimegegnern gab es damals starke Sympathien für ökologische Anliegen und ab Mitte der 80er Jahre begannen sich auch organisierte Umweltgruppen zu gründen. Diese waren zunächst viel weniger politisch. Erst langsam haben sie sich politisiert, weil sie verstanden, dass sie ohne den politischen Kampf ihre ökologischen Forderungen nicht durchsetzen können.

Die nach der Wende entstandenen Umweltgruppen wurden jedoch in der Regierungszeit von Vaclav Klaus (ODS) zwischen 1992 und 1996 eher behindert und fanden erst unter der Expertenregierung von 1998, deren Mitglieder keiner Partei verpflichtet waren, mit dem Umweltminister Martin Bursík größere Beachtung. Die Umweltbewegung beginnt erst jetzt, ihre Kräfte zu bündeln und ihr Einflusspotential auf die Politik wahrzunehmen und auszubauen. Es gibt aktive Bündnisse für Natur- und Umweltschutz, u.a. *Hnutí Duha* (Friends of the Earth), *Zelený kruh* (Grüner Kreis), *ČSOP* (Tschechischer Bund für Naturschutz), *EkoWatt*. Allerdings sind im Allgemeinen die Finanzmittel der Verbände sehr beschränkt, so dass größere Kampagnen nach deutschem Vorbild nicht möglich erscheinen und Aufklärungs- und Bildungsarbeit mit dem Ziel, in der tschechischen Bevölkerung ein Umweltbewusstsein zu schaffen und zu verstärken, mit phantasievollen und gleichzeitig kostengünstigen Aktivitäten erfolgen muss.

Nach dem Einführungsvortrag von Kai Schlegelmilch wurde, entgegen sonstiger Gepflogenheiten in den Seminaren, zuerst auf die Situation in Tschechien eingegangen, da die Konzeption der ökologischen Steuerreform für Tschechien gerade fertiggestellt und am Tag vor dem Seminar im Umweltministerium vorgelegt worden war. Martin Bursík, der Leiter der Expertengruppe, die diese Konzeption erarbeitet hatte, referierte kurz die Geschichte der Ökosteuer in Tschechien und stellte dann deren geplante Ausgestaltung vor. Das von der Karls-Universität und im Wesentlichen von Milan Ščasný erarbeitete Konzept sieht eine Einführung in fünf Stufen im Zeitraum von 2007 bis 2015 vor („Wir wollen keine Schocktherapie“). Es soll keine Erhöhung der Steuerbelastung für die Bürger erfolgen, sondern durch Senkung anderer Steuern Aufkommensneutralität gewahrt werden. Erträge sollen nicht den öffentlichen Fonds zu Gute kommen (wie dies z.B. in Polen der Fall ist, wo Umweltabgaben in Umweltschutzfonds fließen und dann wiederum in Umweltprojekte recycelt werden). Sie sollen vielmehr die Arbeitskosten senken, um die Beschäftigung anzukurbeln und können auch zur Abfederung sozialer Wirkungen der Ökosteuer als Kompensationsmaßnahmen eingesetzt werden. Erneuerbare Energien und umweltfreundliche Fahrzeuge sollen von der Besteuerung ausgenommen werden, der öffentliche Nahverkehr, Kraft-Wärme-Kopplung und Kraftfahrzeuge mit geringen Umweltbelastungen sollen Vergünstigungen erhalten. Das Konzept sieht eine differenzierte Inputsteuer vor, so soll nicht nur Strom, sondern auch Kohle und Gas gemäß ihrer CO₂-Emissionen und Atomkraft gemäß ihres Risikos besteuert werden. Es ist daher wesentlich ambitionierter als das deutsche Modell, bei dem nur Kraftstoffe und Strom der Ökosteuer unterliegen¹.

Stefan Krug, Leiter der politischen Vertretung Berlin von Greenpeace Deutschland, präsentierte die Aktivitäten seines Verbands zur Popularisierung umweltgerechten Verhaltens in Deutschland seit dem Beginn der neunziger Jahre. Er betonte, dass aus der Sicht von Greenpeace die Einführung einer Ökosteuer in Deutschland richtig war und von Anfang an unterstützt wurde, obwohl sie nicht weit genug ging, u. a. wegen zu geringer Erhöhungsschritte, zu vieler Ausnahmen für energieintensive Industrie, Nichtbesteuerung von Kohle und Uran, sozialer Schieflagen (Rentner, Arbeitslose). Er kritisierte auch die Art und Weise der Vermittlung, so sei ein ökologischer Erfolg in ein kommunikatives Desaster mutiert. Die Fixierung auf den Kraftstoffpreis lasse die Ökosteuer im öffentlichen Bewusstsein einseitig als Benzinsteuern erscheinen, sie mache nur die Belastung deutlich und nicht die Entlastung sichtbar. Auch die relativ abstrakte Bezeichnung „Ökosteuer“ sei in seinen Augen kontrapro-

¹ Ščasný, Milan/Martin Bursík, dt. Übersetzung der Präsentation s. Seminar 09 im Anhang Präsentationen

duktiv, eine konkrete Benennung als Klimasteuer, Lärmsteuer, Pestizidsteuer etc. sei wesentlich besser zu vermitteln. Insgesamt seien mehr Informationskampagnen notwendig, wobei allerdings die Art und Weise der Kommunizierung sehr genau durchdacht werden müsse¹.

Christian Meyer vom Förderverein Ökologische Steuerreform (FÖS) gab den tschechischen Umweltaktivisten konkrete Hinweise für eine erfolgreiche Kommunikationsstrategie. Um breite gesellschaftliche Bündnisse zu erzielen ist es nach den Erfahrungen des FÖS wichtig, mit wissenschaftlicher Unterstützung klare durchgerechnete Positionen zu erarbeiten und damit öffentlichkeitswirksame Studien zu erstellen, die auf Konferenzen oder Seminaren präsentiert werden. Lobby-Hintergrundgespräche mit bestimmten Akteursgruppen wie politische Parteien, Gewerkschaften und Industrieverbände, Unternehmern oder auch Medien befördern den gesellschaftlichen Diskurs weit mehr, als dies bloße Publikationstätigkeit vermag. Die regelmäßige Versendung eines aktuellen Newsletters hält das Thema in der Diskussion. Die Anlage und Pflege einer Referentendatenbank trage wesentlich zu einer professionellen Kommunikation bei und eine Zusammenarbeit mit internationalen Umweltverbänden wie beispielsweise dem Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND), dem World Wide Fund for Nature (WWF) und Greenpeace sei sehr zu empfehlen².

Die Diskussion fokussierte zunächst auf die Frage, wie man die verschiedenen Akteure in eine Diskussion einbeziehen könne. Die deutschen Erfahrungen zeigen, dass Akzeptanz und Gegnerschaft – je nach Interessenlage und Betroffenheit - sehr unterschiedlich verteilt sind. So waren z.B. einige Gewerkschaften wie Bau, produzierendes Gewerbe, IG Metall, Ver.di und auch der DGB Befürworter einer Ökosteuerreform, Chemie- und energieintensive Industrie naturgemäß dagegen. Kirchen, Verbraucher- und Umweltverbände und auch vier Unternehmerverbände hatten sich ebenfalls für die Ökosteuer ausgesprochen, wie auch beispielsweise einige regional verankerte Privatbrauereien.

Die einzelnen Gestaltungselemente des tschechischen Konzepts wurden unter den Teilnehmern diskutiert, zum Einen unter dem Aspekt ihrer Auswirkungen insbesondere auf sozial schwächere Schichten, zum Anderen im Hinblick auf ihre Durchsetzungsmöglichkeiten, da man eine Akzeptanz von Seiten des Verkehrsministeriums und des Sozialministeriums eher skeptisch beurteile.

Von tschechischer Seite wurde erwähnt, dass im außereuropäischen Ausland ebenfalls Ökosteuern in der Diskussion sind, so werde in Japan wohl eine Ökologische Steuerreform durchgeführt. Die Frage nach den Intentionen in den USA wurde von Kai Schlegelmilch aufgegriffen, der meinte, bei der generell steuerfeindlichen Haltung in den USA sei auf Bundesebene nicht mit einer solchen Reform zu rechnen, in einzelnen Bundesstaaten sei dies aber durchaus möglich. Dagegen sei der Abbau umweltschädlicher Subventionen in den USA relativ populär.

Martin Bursík kündigte für Ende Oktober 2005 eine Diskussion mit dem *Zelený kruh* (Grüner Kreis) an, in der eine gemeinsame Stellungnahme erarbeitet werden soll. Bisher ist offenbar nur der Verband *Hnutí duha* (Friends of the Earth, Bewegung Regenbogen) aktiv mit dem Thema befasst, man brauche aber eine Diskussion mit allen Umweltverbänden.

Seminar 10: Konservative Parteien – 06. März 2006

Die anfängliche Skepsis der Organisatoren der Seminare, ob es gelingen könne, Mitglieder konservativer Parteien beider Länder in einem Seminar zusammen zu bringen, schwand sehr schnell, als Bedřich Moldan, Professor und Direktor des Umweltzentrums an der Karls-

¹ Krug, Stefan, Präsentation, ebd.

² Meyer, Christian, ebd.

Universität Prag, Senator und Schattenminister für Umwelt der Demokratischen Bürgerpartei (ODS), sich an den tschechischen Kooperationspartner wandte und den Wunsch äußerte, die deutschen Erfahrungen mit der ökologischen Steuerreform als umweltpolitisches Instrument kennen zu lernen. Insbesondere die wirtschaftlichen Implikationen der Anwendung eines solchen Instruments seien für die tschechische Umweltpolitik von großem Interesse. Dieses Interesse erklärt sich aus der Tatsache, dass in jüngsten Umfragen die Demokratische Bürgerpartei, in dieser Legislaturperiode in der Opposition, an erster Stelle steht (30,5 % der Stimmen, Sozialdemokraten 23,5 %, Christdemokraten 9,1 %, Partei der Grünen 7,9 %, Kommunistische Parteien Böhmens und Mährens 18,8 %¹⁾ und voraussichtlich nach den Wahlen am 02./03. Juni 2006 eine Koalition bilden wird. Da sich die Oppositionsparteien bisher offensichtlich noch nicht mit dem Thema Ökologische Steuerreform befasst haben, sieht man hier Nachholbedarf, um in der Parteienauseinandersetzung bestehen zu können.

In der Bundesrepublik hatten sich Teile der CDU mit dem damaligen Umweltminister Töpfer an der Spitze bereits Anfang der neunziger Jahre offen für die Einführung einer Ökosteuer gezeigt, auch noch unter der Umweltministerin Angela Merkel war man kooperationsbereit, bei der CSU jedoch gab es nur einige wenige Umweltexperten, die sich dafür aussprachen. Als die Reform unter der rot-grünen Regierung tatsächlich umgesetzt wurde, waren allerdings von konservativer Seite überwiegend kritische Töne zu hören.

Bedřich Moldan begrüßte die Referenten und Teilnehmer des Seminars und gab einen kurzen Überblick über die gegenwärtige Situation in Tschechien. Aus den in Deutschland gewonnenen Erkenntnissen über die praktischen Auswirkungen einer Ökosteuer auf Wirtschaft und Gesellschaft könnten Schlussfolgerungen gezogen werden, die dann in konkrete Politikberatung münden sollten. Insbesondere die verschiedenen Modelle zur Berechnung der Auswirkungen auf die Beschäftigung standen hier im Fokus des Interesses.

Milan Ščasný stellte sehr detailliert die Quantifizierung externer Kosten mit Hilfe der Methode ExternE dar und erklärte die Vorgehensweise. Die Ermittlung externer Kosten im Umweltbereich und deren Berücksichtigung bei der Besteuerung ist ein wichtiger Bestandteil der tschechischen Konzeption der Ökosteuer²⁾.

Dies führte zu einer angeregten und teilweise auch sehr kontroversen Diskussion der Einzelheiten der Berechnung unter den Teilnehmern aus den Ministerien für Umwelt, Finanzen und Verkehr und den wissenschaftlichen Beratern von Abgeordneten, dem Vertreter eines Chemieverbands und einer Wissenschaftlerin des Liberalen Instituts. Die Transaktionskosten seien zu hoch, eine nennenswerte Beschäftigungswirkung wurde bezweifelt (auch in Tschechien steigt die Arbeitslosigkeit). Auch ein Rückgang des Kraftstoffverbrauchs könne negative Folgen haben, beispielsweise beim Wirtschaftswachstum. In den zuständigen Ministerien herrscht noch Klärungsbedarf. Bei der Erarbeitung und Einführung der ökologischen Steuerreform in der tschechischen Republik ist das Umweltministerium federführend, das Finanzministerium ist jedoch einbezogen. Dessen Vertreter äußerte sich kritisch und argumentierte, sein Ministerium arbeite derzeit an konkreten Gesetzen gemäß der EU-Energiesteuerrichtlinie vom 27. Oktober 2003 wie beispielsweise der Mineralölsteuererhöhung. Der Vertreter des Umweltministeriums mahnte eine konstruktive Zusammenarbeit an, da ein Kompromiss zwischen beiden Ministerien unbedingt erforderlich sei.

Dr. Stefan Bach, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung Berlin und Mit-Autor der ersten gesamtwirtschaftlichen Studie zur Ökologischen Steuerreform von 1994 und der jüngsten Studie „Sektorale und gesamtwirtschaftliche Wirkungen der ökologischen Steuerreform“ von 2004, stellte an Hand verschiedener Modellierungsansätze zur Quantifizierung der Effekte der ökologischen Steuerreform auf Umwelt,

¹⁾ Umfrage des Meinungsforschungsinstituts *Factum Invenio* lt. Meldung von Radio Prag am 16.03.06

²⁾ Ščasný, Milan, s. Anhang Präsentationen, Seminar 10.

Beschäftigung und Innovation die Ergebnisse der deutschen Reform dar. Er kam zu dem Schluss, dass diese tatsächlich besser sei als ihr Ruf, da sie positive ökologische Anreize geschaffen habe, während gleichzeitig auf der anderen Seite keine negativen Auswirkungen auf die makro-ökonomische Leistung aufgetreten seien - die Wachstumsrate ist konstant und es kam zu einer leicht positiven Beschäftigungswirkung auf Grund reduzierter Lohnsteuern, die hohe Arbeitslosigkeit und die makro-ökonomische Stagnation konnten allerdings nicht wirkungsvoll bekämpft werden. Er kritisierte die geringe Anreizwirkung des deutschen Modells für eine Minderung der CO₂-Emissionen sowie für einen Strukturwandel und nachhaltiges Wachstum¹.

Dr. Joachim Pfeiffer, Mitglied des Deutschen Bundestags und energiepolitischer Sprecher der CDU-Fraktion sowie zusammen mit Josef Göppel (CSU) Autor der Publikation „Konjunktur durch Natur“, erläuterte den Standpunkt seiner Fraktion zum Thema. Um die nationale Wirtschaft international wettbewerbsfähig zu machen oder zu halten, ist eine vernünftige Standortpolitik unabdingbar. Eine wichtige Determinante der Standortpolitik ist wiederum die Energiepolitik, die Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Umweltverträglichkeit garantieren soll. Dafür sei am besten ein ausgewogener Mix aus allen verfügbaren Energieträgern (also einschließlich der Atomkraft, die ja laut dem Ausstiegsgesetz der Vorgängerregierung ca. 2020 auslaufen wird) geeignet; einseitige Abhängigkeiten könne Deutschland sich nicht leisten, wenn es im internationalen Standortwettbewerb bestehen wolle. Aus Sicht der CDU/CSU-Bundestagsfraktion habe ein steuerlicher Ansatz gegenüber anderen Instrumenten Vorteile, so trage er dem Verursacherprinzip Rechnung und verspreche hohe Effizienz bei der Internalisierung externer Kosten, die Transaktionskosten seien günstiger als Auflagen, Subventionen oder Quoten, beginnend auf niedrigem Niveau könne mit kleinen, vorhersehbaren Schritten die Intensität des Eingriffs gesteigert werden. Kritisch gesehen wird bei der derzeitigen Ausgestaltung eine ökologische Lenkungswirkung, ebenso wie die pauschale Besteuerung von Strom unabhängig von den CO₂-Emissionen der Bezugsquellen, so werden Primärenergieträger wie Kohle nicht besteuert. Politische Konsequenzen für die deutschen Christdemokraten sind daher, die Ökosteuer zunächst nicht weiter zu erhöhen, die geltenden Entlastungsregelungen beizubehalten und für energieintensive Industrien bei der Umsetzung der Energiesteuerrichtlinie sogar noch zu verstärken. Die Position der CDU sieht vor, die Energiebesteuerung künftig stärker an internationaler Wettbewerbsfähigkeit, Leistungsfähigkeit der Bevölkerung, am Ziel der europäischen Harmonisierung sowie am Schadstoffausstoß zu orientieren².

Die allgemeine Diskussion drehte sich in erster Linie um die Sorge - die ja auch von nicht wenigen deutschen Konservativen geteilt wird - ob mit der Einführung einer neuen Steuer nicht die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen so stark beeinträchtigt würde, dass sie sich in der globalen Arena nicht erfolgreich behaupten könnten. Diese Zweifel waren auch im Seminar mit Industrievertretern artikuliert worden, die mehrheitlich zusätzliche Steuerbelastungen durch Umweltschutzmaßnahmen für tschechische Unternehmen, die im europäischen Raum erfolgreich agieren wollen, eher hinderlich fanden. Überlegungen zu einer Unternehmensethik, die zu einer ökologisch verantwortlichen Verfolgung des Gewinnstrebens wie zu einer kritisch-loyalen Umsetzung des Umweltrechts auffordert, wie sie ein Teil der deutschen Unternehmer, die sich zur Vereinigung *econsense* zusammengeschlossen haben³, diskutiert, sind in Tschechien noch relativ neu. Kooperative Steuerungsformen wie Selbstverpflichtungen von Unternehmen, Verhaltenskodices, Führungsgrundsätze oder auch Verbandsrichtlinien sind noch kaum entwickelt.

¹ Bach, Stefan, ebd.

² Pfeiffer, Joachim, s. Anhang Präsentationen, Seminar 10.

³ Vgl. Kapitel Seminar 07: Unternehmer

Seminar 11: Grüne Parteien – 07. März 2006

Das letzte Seminar der Reihe wandte sich an die Mitglieder der noch relativ jungen Grünen Partei (Strana zelených) Tschechiens, die unmittelbar nach der "Samtenen Revolution" im Dezember 1989 gegründet worden war. Den Sprung ins Parlament schaffte sie seitdem nur ein einziges Mal, nämlich 1992 - damals allerdings nicht als eigenständige Partei, sondern als Parteienbündnis. Danach folgten zehn Jahre der Stagnation. Erst 2002, unter der Führung von Jakub Patočka und Jan Beranek hatten sich die tschechischen Grünen zu einer modernen ökologischen Partei mit einer starken europäischen Orientierung entwickelt.

Der autoritäre Führungsstil und die stark linksgerichtete Ausrichtung unter Patočka und Beranek brachte den Grünen zunehmend negative Schlagzeilen und führte vor allem zur inneren Spaltung. Nach monatelangem zermürbenden Zwist wurde im September 2005 Martin Bursík zum neuen Vorsitzenden gewählt. Die deutschen Grünen waren eine wichtige moralische Stütze für ihre tschechischen Kollegen, nicht zuletzt wegen enger persönlicher Bindungen über Milan Horaček. Dieser war Ende der 60er Jahre aus der Tschechoslowakei nach Deutschland emigriert und hatte dort später die grüne Partei mitgegründet. Heute sitzt Horaček für die Grünen im Europaparlament.

Mit der Übernahme des Parteivorsitzes durch Martin Bursík im September 2005 beruhigte sich die innerparteiliche Situation, und durch das professionelle Auftreten der Führung in der Öffentlichkeit (Stellvertretende Vorsitzende ist Dana Kuchtova, die Gründerin der Anti-Atombewegung und als Aktivistin der Bewegung „Südböhmische Mütter gegen die Atomgefahr“ sehr bekannt), wurde die Wahrnehmung der Partei in der Öffentlichkeit wesentlich verstärkt und die Partei zu einem ernstzunehmenden Faktor im jetzigen Wahlkampf.

Kai Schlegelmilch stellte die Ökologische Steuerreform in der Bundesrepublik als ein ökonomisches Instrument in einem Maßnahmenbündel vor und erläuterte ihre Entwicklung und Ausgestaltung, die positiven Effekte wie auch wünschenswerte Nachbesserungen im Hinblick einer Einbettung in den größeren Rahmen einer ökologischen Finanzreform. Die Grundelemente der EU-Richtlinie zur Energiebesteuerung fanden großes Interesse, da auch die dafür zuständigen Stellen in Tschechien mit ihrer Umsetzung in nationales Recht befasst sind – die Übergangsfrist endet 2008¹.

Für den plötzlich ernsthaft erkrankten Klaus Müller, den ehemaligen Umweltminister von Schleswig-Holstein, übernahm Kai Schlegelmilch die Darstellung des Themas aus der Sicht von Bündnis90/Die Grünen anhand der bereits vorab zugesandten Präsentation, wobei besonders die Möglichkeiten der Weiterentwicklung zu einer umfassenden Finanzreform ins Zentrum der Aufmerksamkeit rückte².

Stefan Bach stand dankenswerterweise auch in diesem Seminar zur Verfügung und erklärte, wie bereits am Tag zuvor im Seminar für die Konservativen, die verschiedenen ökonomischen Modelle zur Konzipierung einer ökologischen Steuerreform. Er beantwortete Detailfragen, die auch zum Verständnis des tschechischen Konzepts wichtig sind.

Martin Bursík und Milan Ščasný stellten die tschechische Konzeption der ökologischen Steuerreform unter besonderer Berücksichtigung der Internalisierung externer Kosten vor. Die Grundzüge dieses Konzepts zu kennen und sie einem breiten Publikum nahe zu bringen, wird eine wichtige Aufgabe der Mitglieder der Grünen Partei im jetzigen Wahlkampf sein³. Allerdings wurde das Konzept selbst nicht in das Wahlprogramm der Grünen Partei aufgenommen, da es im Oktober letzten Jahres vom Finanzministerium auf Eis gelegt worden war und es deshalb unsinnig wäre, diese Fassung weiterhin zu propagieren. Es wird Sache der

¹ Schlegelmilch, Kai, s. Anhang Präsentationen, Seminar 11.

² Müller, Klaus, ebd.

³ Ščasný, Milan/Martin Bursík, ebd.

im Juni 2006 zu wählenden neuen Regierung sein, darüber zu entscheiden, ob es – möglicherweise auch in veränderter Form – wieder aufgenommen werden soll.

Die Diskussion fokussierte zunächst auf Verständnisfragen zum deutschen und tschechischen Modell und wandte sich dann Einzelfragen zu, beispielsweise: Wie könnte das Steuersystem einfacher gestaltet werden? Ist eine Kombination von einer flat tax, wie sie die ODS propagiert, mit einer Ökosteuer möglich? Wie steht die Ökosteuer mit den Verbrauchssteuern in Beziehung?

Schließlich wandten sich die tschechischen Grünen der Frage zu, wie denn eine erfolgreiche Kommunikation einer ökologischen Steuer/Finanzreform im Wahlkampf und danach aussehen könnte. Der deutsche Weg kann hier sicher nicht als Muster dienen, aber die dabei gewonnenen Erfahrungen können durchaus hilfreich sein. So ist beispielsweise zu empfehlen, wichtige Entscheidungsträger von Anfang an mit ins Boot zu nehmen, Belastungen wie Entlastungen deutlich zu benennen, Gewinner der Reform zu identifizieren und als Unterstützer bei der Publikation und Multiplikation zu gewinnen, den für Umweltthemen offenen Teil der Medien zu mobilisieren, die Umweltbewegung als Disseminationsagenten zu werben.

Im Wahlprogramm will man sich auf einzelne Punkte beschränken, wie

- Lohnnebenkosten senken,
- Kfz-Steuer, nicht detailliert beschrieben
- Besteuerung von Kerosin (Flugtreibstoff)
- Besteuerung von Biomasse für Heizzwecke mit 5 %
- Größere Differenzierung bei primären Energiequellen
- Kohleheizungen verbieten.

Ob letzteres sich in einem Land, das genügend eigene Kohlereserven besitzt und dessen veröffentlichte Meinung nach den jüngsten Erfahrungen der Ukraine mit der Zuverlässigkeit russischer Gaslieferungen für größere Unabhängigkeit von ausländischen Energielieferanten plädiert, nicht eher als Bumerang erweisen wird, muss abgewartet werden. In der Bundesrepublik wie auch in anderen europäischen Ländern werden zunehmend Überlegungen angestellt, ob man nicht lieber in die „clean coal“-Technologie und CO₂-Sequestrierungstechniken investieren sollte, um heimische Kohlereserven zu nutzen, und damit die wachsende Abhängigkeit von ausländischen Gaslieferungen reduzieren könne.

Es wäre jedenfalls schade, wenn sich die nach den jüngsten Prognosen in einem Aufwärtstrend befindlichen Grünen, die wohl für die Demokratische Bürgerpartei wie auch für die Sozialdemokraten ein attraktiver Koalitionspartner werden könnten, mit einer derartigen Forderung selbst ein Bein stellen.

Ergebnisse des Dialogprojekts

Der auf zwei Jahre angelegte Stakeholder-Dialog sollte den Entstehungsprozess der tschechischen Konzeption einer ökologischen Steuerreform vom ersten Entwurf bis zur Einbringung ins Parlament begleiten.

Der erste Vorschlag 2000-2001 des Umweltministeriums und des Finanzministeriums war im Rat für soziale und ökonomische Strategien gescheitert. Nach der Regierungserklärung der Koalition aus Sozial- und Christdemokraten im August 2002, in der eine Ökologische Steuerreform als eines der prioritären Ziele der Umweltpolitik formuliert worden war, wurde eine interministerielle Arbeitsgruppe mit Vertretern des Umwelt-, des Finanz- und des Verkehrsministeriums eingesetzt, die in Zusammenarbeit mit einer externen Expertengruppe von Wissenschaftlern der Karls-Universität und Martin Bursík als Umweltexperte eine Konzeption erarbeiten sollte. Die Intention war, eine Ökologische Steuerreform innerhalb der Legislaturperiode 2002-2006 einzuführen. Die Zeitplanung sah vor:

- 12/2003 Veröffentlichung des Konzepts der Ökologischen Steuerreform, Beginn der öffentlichen Diskussion
- 04/2004 Konzept wird der Regierung der ČR vorgelegt – Fortsetzung der öffentlichen Diskussion
- 08/2004 Entwurf des Gesetzes zur Ökologischen Steuerreform
- 10/2004 Regierungsentscheidung über das Gesetz zur Ökologischen Steuerreform
- 06/2005 Beschluss des Parlaments der ČR über das Gesetz zur Ökologischen Steuerreform.

Wie bereits früher erwähnt, war diese Planung zu ehrgeizig. Nach Konsultationen mit Vertretern der beteiligten Ressorts konnte die tschechische Konzeption einer ökologischen Steuerreform schließlich im Oktober 2005 fertiggestellt und sollte dann im November 2005 durch das Umweltministerium der Öffentlichkeit präsentiert werden.

In einer Pressekonferenz des Umweltministers Libor Ambrozek, zu der auf Initiative Martin Bursíks zwei deutsche Wissenschaftler, der Leiter der Forschungsstelle für Umweltpolitik der Freien Universität Berlin und Stellvertretender Vorsitzender des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen (SRU), Professor Martin Jänicke, und die Leiterin der Abteilung Umwelt, Energie, Verkehr am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) und Professorin an der Humboldt-Universität zu Berlin, Professor Claudia Kemfert, eingeladen waren, um aus politikwissenschaftlicher und wirtschaftswissenschaftlicher Sicht ihre Einschätzung der Konzeption vorzutragen, sollte diese erstmals öffentlich kommuniziert werden. Noch am 12. Oktober hatte Karolina Sulova, Pressesprecherin im tschechischen Umweltministerium, geäußert, die von der OECD vorgeschlagene Öko-Steuer, wie sie bereits Deutschland und die skandinavischen Länder eingeführt haben, sei ein Schlüsselinstrument zur Senkung der Schadstoffemissionen in der tschechischen Republik¹.

Als aus dem Finanzministerium auf Grund einiger letzter Änderungen durch die Expertengruppe eine Ablehnung der Konzeption signalisiert wurde, war der Umweltminister plötzlich nicht mehr bereit, die Verantwortung dafür bei der öffentlichen Vorstellung zu übernehmen. Die Pressekonferenz wurde kurzfristig abgesagt, eine offizielle Kommunikation der Konzeption konnte damit nicht erfolgen und es war offensichtlich, dass eine Erörterung im Parlament in dieser Legislaturperiode nicht mehr möglich sein wird. Um den Schaden wenigstens einigermaßen zu begrenzen, veröffentlichten daraufhin Martin Bursík und Milan Ščasný mehrere Artikel in der Hoffnung, das Thema einer breiteren Öffentlichkeit nahe zu bringen und damit gewisse Multiplikationseffekte in Gang setzen zu können.

¹ Vgl. Schultheis, Silja, in Radio Prag vom 12.10.2005.

Eine Kommunikationsstrategie der Ministerien scheint nicht zu existieren. Generell werden Kommunikationstechniken in Tschechien als vergleichsweise noch wenig entwickelt beurteilt - Teilnehmer der Seminare, insbesondere Medienvertreter und Mitglieder von Nichtregierungsorganisationen, sehen darin ein Hauptproblem der tschechischen Kultur. In der Online-Ausgabe von Radio Prag vom 16.10.2005 wird Jana Cermakova, ein Mitglied von CENIA¹ zitiert:

„In Tschechien gibt es [...] ein Problem mit der Kommunikation. Die Gesellschaft kommuniziert schlecht. Egal, um welches Thema es sich handelt: Wenn es ein Problem gibt, dann scheitert die Lösung oft daran, dass uns die Kommunikationsinstrumente fehlen“².

Auch im alltäglichen Leben, in der beruflichen Sphäre, unterscheiden sich die tschechischen Kommunikationsformen von den deutschen, was sich in bilateralen Projekten oder Geschäftsbeziehungen als Problem der interkulturellen Kommunikation erweisen kann. Die Deutsch-Tschechische Industrie- und Handelskammer hat in ihrem Wirtschaftsmagazin *Plus* zwischen Dezember 2003 und Dezember 2004 eine Serie über wesentliche Kulturunterschiede zwischen Tschechen und Deutschen publiziert, die auf Forschungsergebnissen der Universität Regensburg³ beruht und Kooperationspartner aus beiden Ländern die Geschäfte erleichtern soll. Darin heißt es:

„Der tschechische Kommunikationsstil ist mit zwei Begriffen zu charakterisieren: Zum einen ist er indirekt. Das bedeutet, dass Tschechen nicht unbedingt genau das sagen, was sie meinen. Zum anderen ist er implizit, Tschechen meinen also oft mehr, als sie sagen. [...] Tschechen gehen davon aus, dass ein gemeinsamer Wissensfundus sowieso gegeben ist, wenn man sich kennt. Sie begnügen sich somit an vielen Stellen mit Andeutungen, Hinweisen, nonverbalen Signalen oder reden „drumrum“, wenn sie etwas ausdrücken wollen“⁴.

Die Unterschiede in der Diskussionskultur waren in den Seminaren teilweise sehr deutlich wahrzunehmen. Die Diskussionsbereitschaft war häufig eher verhalten, kritische Äußerungen waren selten, wodurch der bilaterale Diskurs erschwert wurde. Dies ist sicher nicht ausschließlich dem tschechischen Kommunikationsstil zuzuschreiben, sondern in hohem Maße auch der Tatsache geschuldet, dass das Diskussionsthema für die Zielgruppen (außer den Wissenschaftlern und Ministerialbeamten) relativ unvertraut war und die Seminare eher als Wissens- und Erfahrungstransfer wahrgenommen wurden. Allerdings befand sich wiederum der größte Teil der Teilnehmer auf Befragen als kompetent in der Materie⁵.

Ein besonderes Problem für die Kooperationspartner auf tschechischer Seite war die Rekrutierung von Gesprächspartnern, die mit dem Thema so aktiv befasst sind, dass sie in einem Expertendialog aufzutreten bereit gewesen wären. Außer den Mitgliedern der Expertengruppe, Martin Bursík und Milan Ščasný, die regelmäßig den Stand und die Fortschritte der tschechischen Konzeption kommunizierten, und den bereits mit dem Thema befassten Experten aus Wissenschaft und Ministerien konnten keine weiteren Referenten aus den Zielgruppen gewonnen werden. Die Motivation der Seminarteilnehmer war wohl meist eher auf einen Informationsgewinn ausgerichtet, einem Dialog auf gleicher Augenhöhe fühlte man sich auf Grund mangelnder eigener Erfahrungen mit dem Diskussionsthema noch nicht wirklich gewachsen.

Partizipative Verfahren wie ein Stakeholder-Dialog sind in der post-sozialistischen Gesellschaft Tschechiens noch wenig eingeübt, die über viele Jahrzehnte praktizierte Politiksteue-

¹ Czech Environmental Information Agency, Prag

² Schubert, Gerald, Tschechiens Umwelt heute: Zwei Studien über Fortschritte mit Rückschlägen, in: Radio Prag vom 16.10.2005.

³ Schroll-Machl/Ivan Novy (2002): Beruflich in Tschechien. Überarbeitete Fassung eines Abschnitts.

⁴ Tschechen und Deutsche im Berufsleben, Teil III. Wirtschaftsmagazin Plus, April 2004.

⁵ Tews, Kerstin, unveröffentlichtes Manuskript.

rung durch „control and command“ konnte nach der Wende nicht unmittelbar durch zivilgesellschaftliche Formen wie Beteiligung der Bürger an politischen Entscheidungen abgelöst werden. Generell vollziehen sich demokratische Reifungsprozesse eher nach und nach; in der besonderen Situation des Beitritts zur Europäischen Union mit der Übernahmeverpflichtung des gemeinsamen Besitzstandes innerhalb weniger Jahre waren jedoch in der Tschechischen Republik wichtige politische Entscheidungen überwiegend durch externe Akteure vorgegeben und wurden akzeptiert. Die gesellschaftliche Partizipation an Entscheidungsprozessen stand hier zunächst nicht im Vordergrund.

Im Verlauf der Seminarreihe im Rahmen des Tschechisch-Deutschen Dialogprojektes konnte indessen in den letzten drei Jahren durch die gezielte Einbeziehung wichtiger gesellschaftlicher Gruppen in die Diskussion eine deutliche Ausweitung des Akteurspektrums erreicht werden, so dass nun ein anfänglich von Experten zweier Staaten geführter themenspezifischer Dialog in einen binnenstaatlichen gesellschaftlichen Diskurs gemündet ist, der auch im derzeitigen Wahlkampf eine aktive Rolle zu spielen beginnt und Einfluss auf den Wahlausgang im Juni 2006 haben könnte. Der beachtliche Anstieg der Umfragezahlen für die Grünen von unter fünf Prozent bei den letzten Wahlen im Juni 2002 auf nun fast acht Prozent – wobei die zu erwartenden Stimmen bei der Wahl derzeit auf ein zweistelliges Ergebnis geschätzt werden¹ – ist nicht auf das Dialogprojekt zurückzuführen, aber die Diskussionen über das Instrument Ökosteuer mit verschiedenen Akteuren haben sehr wohl zu einer Popularisierung dieses umweltpolitischen Themas geführt und damit die Aufmerksamkeit auf die Partei der Grünen gelenkt, die ja für eine moderne Umweltpolitik wirbt (zusammen mit anderen gesellschaftspolitischen Themen wie ein erweiterter Verbraucherschutz, Verbesserungen im Schulwesen, ein gebührenfreies Studium, die Legalisierung homosexueller Lebenspartnerschaften etc.).

Der unerwartete Anstieg der Grünen Partei in der Gunst der Wähler hat die großen Parteien auf den Plan gerufen – für beide kämen die Grünen als Koalitionspartner in Frage. So wurde von Seiten der Sozialdemokraten signalisiert, dass sie die Ökosteuerreform in ihr Wahlprogramm aufnehmen wollen. Von grüner Seite wurde bereits Entgegenkommen signalisiert: In einem Fernsehduell am 17.04.2006 zwischen dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Jiří Paroubek, der nun seit dem 13.05.2006 auch Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei ist², und dem Parteichef der Grünen, Martin Bursík, erklärte letzterer, die Sozialdemokraten stünden seiner Partei in grundsätzlichen Programmpunkten um einiges näher als die Bürgerdemokraten (ODS)³. Sollten die Grünen tatsächlich ein zweistelliges Ergebnis erzielen, wird die Koalitionsbildung sehr spannend werden⁴.

Es wird auch abzuwarten sein, ob die neue Regierung eine Umweltpolitikintegration in Sektorstrategien (EU-Cardiff-Prozess 1998) dezidiert umsetzt, wie dies bereits 2001 von Experten des tschechischen Umweltministeriums im Hinblick auf die Konzeption und Implementation einer Ökosteuer formuliert wurde:

„The experiences of other countries show that a green tax reform can be a very effective instrument, where the main positive results will appear in the medium- and long-term so it is

¹ Martin, Lothar, in Radio Prag vom 18.04.06, hält sogar 10 % für die Grünen für möglich.

² Schneibergova, Martina, in Radio Prag vom 13.05.2006.

³ Ebd.

⁴ Nach der jüngsten Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Factum Invenio würde die ODS die Parlamentswahl mit 29,5% gewinnen, gefolgt von der ČSSD mit 23,6% und den Kommunisten mit 18,1%. Die KDU-ČSL erhalte 12,3%, die Grünen 10,4% (Radio Prag vom 02.05.2006).

necessary to prepare the reform in connection with the design of other policies, such as environmental, transport, industry, and others”¹.

Das Thema Ökologische Steuerreform ist nun in die öffentliche Diskussion gelangt: so erschienen jüngst von der Tschechischen Technischen Universität (ČVUT) und der Hochschule für Wirtschaft (VŠE), beide in Prag, in den Medien kritische Stellungnahmen zur geplanten Reform². Dies zeigt ein wachsendes Problembewusstsein bei den Akteuren, was sich in einer zunehmenden Resonanz in der Presse niederschlägt. Das Tschechisch-Deutsche Dialogprojekt hat also als bisher einzige Plattform für die Kommunizierung des Umweltinstruments Ökosteuerreform in Tschechien einen gesellschaftlichen Diskurs in Gang gesetzt. Anders als in Deutschland, wo die Einführung der ökologischen Steuerreform von einer breiten Unterstützung gesellschaftlicher Akteure begleitet war, werden in Tschechien aktive Unterstützer der Reform in nennenswerter Zahl erst noch gewonnen werden müssen. Ein guter Anfang ist gemacht: die Teilnehmer der Seminare werden als Multiplikatoren die Ideen in die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen tragen und so einen wertvollen Beitrag zur Umweltbildung leisten. Der im Dialogprojekt erfolgte Wissens- und Erfahrungstransfer hat eine Bildung von Netzwerken initiiert, nicht nur auf bilateraler Ebene zwischen tschechischen und deutschen Ministerien, Wissenschaftlern und Vertretern von Kirchen und Stiftungen, sondern auch inner-tschechisch zwischen einigen der verschiedenen Akteursgruppen, die aktiv im politischen Entscheidungsprozess mitwirken wollen.

Ein ähnlicher Stakeholderdialog über „good practice“-Modelle, die in einem der „alten“ EU-Länder entwickelt wurden, als Beispiel für eigene nationale Konzeptionen von Politikinstrumenten in einem „neuen“ EU-Land, könnten auch für künftige Beitrittsländer interessant sein. So werden beispielsweise in Ländern wie Polen und Estland derzeit ähnliche Vorhaben erwogen.

¹ Chmelík, Tomáš/Jiřina Jilková (2001): Environmental tax reform in the Czech Republic, in: Kramer, Matthias/Jana Brauweiler (Hrsg.): Umweltorientierte Unternehmensführung und ökologische Steuerreform. Wiesbaden.

² „Experti se přou s politiky o daně z elektřiny“, in: Mlada fronta Dnes vom 14.04.06, B3.

Literatur

- Chmelík, Tomáš / Jiřina Jilková (2001): Environmental tax reform in the Czech Republic, in: Kramer, Matthias / Jana Brauweiler (Hrsg.): Umweltorientierte Unternehmensführung und Ökologische Steuerreform. Deutschland, Polen und Tschechien im Vergleich. Wiesbaden, S. 217.
- Kramer, Matthias / Jana Brauweiler (Hrsg.): Umweltorientierte Unternehmensführung und Ökologische Steuerreform. Deutschland, Polen und Tschechien im Vergleich. Wiesbaden.
- Meyer, Bernd / A. Bockermann / G. Ewerhart / C. Lutz (1997): Was kostet eine Reduktion der CO₂-Emissionen. Ergebnisse von Simulationsrechnungen mit dem umweltökonomischen Modell Pantarhei. Beiträge des Instituts für empirische Wirtschaftsforschung Nr.55, Universität Osnabrück
- Mlada fronta Dnes. Tageszeitung (www.mfdnes.cz).
- Radio Prag. Nachrichten. Die Auslandssendungen des Tschechischen Rundfunks. Deutsche Ausgabe. (www.radio.cz/de/nachrichten).
- Schlegelmilch, Kai / Kristina Lutz (2005): Die Ökologische Steuer- und Finanzreform in Deutschland und Perspektiven für die Tschechische Republik (Ekologická danová a finanční reforma v Německu a perspektiva pro Českou republiku), in: Ökologische Steuerreform in der BRD und ihre Vorbereitung in der ČR, hrsg. von Miroslav Farský und Jaroslav Zahálka, Usti nad Labem, S. 17-30.
- Schlegelmilch, Kai (1999, Hrsg.): Green Budget Reform in Europe. Countries at the Forefront. Springer: Heidelberg.
- Scholl-Machl, Sylvia / Ivan Novy (2004): Verstehen und verstanden werden. Tschechen und Deutsche im Berufsleben III, in *Wirtschaftsmagazin Plus* Nr. 2 (April 2004), hrsg. von der Deutsch-Tschechischen Industrie- und Handelskammer, Prag (www.dtihk.cz).
- *Wirtschaftsmagazin Plus* Nr. 2 (April 2004), hrsg. von der Deutsch-Tschechischen Industrie- und Handelskammer, Prag (www.dtihk.cz), (www.tschechien-online.org/news).
- Tews, Kerstin: Der Transfer einer Innovation: Die tschechisch-deutsche Initiative für einen Dialog über eine Ökologische Steuerreform in der Tschechischen Republik (unveröffentlichtes Manuskript).
- Tschechien Online. (www.tschechien-online.org/news).
- Umweltagenda 2010. Ökologische Modernisierung – Innovationen für einen neuen Fortschritt. Hrsg.: SPD-Bundestagsfraktion, Arbeitsgruppe Umwelt. 24. Mai 2004.
- Website Forschungsstelle für Umweltpolitik, Freie Universität Berlin (http://web.fu-berlin.de/ffu/index_d.htm)
- Website Karls-Universität Prag: Ökologische Steuerreform (http://www.czp.cuni.cz/ekoreforma/EDR_diseminace/english.htm)